



WORKING PAPER

S-01-2023A



**RADIKALISIERUNG DER DEMOKRATIE – SOZIALEN
PROTEST WEITER DENKEN**

SPECIAL ISSUE

**Herausgeberschaft:**

Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e.V. (DNGPS)

Ansprechpartner:

Redaktion der DNGPS Working Paper (working-paper@dngps.de)

Institut für Politikwissenschaft

Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e. V. (DNGPS)

Schneiderberg 50, 30167 Hannover

Homepage: www.dngps.de

Email: info@dngps.de

Facebook: www.facebook.com/DNGPS

Twitter: <https://twitter.com/DNGPS>

Amtsgerichtsnummer: VR 200767 | Amtsgericht Osnabrück | Ust-Ident. Nummer: 66/270/03787

Bankverbindung: IBAN DE33 2655 0105 1551 1544 36 | BIC NOLADE22XXX | Sparkasse Osnabrück

Verlag:

Verlag Barbara Budrich GmbH, Stauffenbergstr. 7, D-51379 Leverkusen-Opladen

Tel. (+49) (0)2171 79491 50 | Fax (+49) (0)2171 79491 69 | info@budrich.de

<https://budrich.de> | <https://shop.budrich.de>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar

© Dieses Werk ist im Verlag Barbara Budrich erschienen und steht unter folgender Creative Commons

Lizenz: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Verbreitung, Speicherung, Bearbeitung und Vervielfältigung erlaubt, wenn: (a) Urheber-, Rechte- und
Lizenzangaben sowie der Verweis auf Bearbeitung angemessen gemacht werden.



Diese Publikation steht im Open Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit
(<https://dngps.budrich-journals.de>).

ISSN Online: 2365-3329

Verlag Barbara Budrich GmbH, <https://budrich.de>

INHALTSVERZEICHNIS

Radikalisierung der Demokratie – sozialen Protest weiter denken (<i>Richard Roske, Hanna-Maria Paul, David Weiss</i>).....	1
<i>Sünde ist also nichts anderes als Ungehorsam</i> – Widerstand und Wandel bei Spinoza (<i>Jonas Birk, Patrick Huttel</i>).....	6
Kartograph des Unmöglichen. Zur Kritik verdinglichten Denkens bei Jacques Rancière (<i>Marc Seul</i>).....	14
Demokratie, Hegemonie, Ethik – Ein radikalisierungsdemokratischer Versuch zur politischen Philosophie von Martin Luther King, Jr. (<i>Richard Roske, David Weiss</i>).....	21
<i>All power to the people</i> . Huey P. Newton und die radikale Demokratie (<i>Paul N. Schierle</i>).....	31
Das demokratische Recht sich gegen Abschiebungen zu wehren (<i>Valerie Scheibenpflug</i>).....	38
Zwischen Klassenkampf und Individuation: Der Vorschlag einer radikaldemokratischen Identitätspolitik (<i>Leon Lobenberg</i>).....	48

RADIKALISIERUNG DER DEMOKRATIE – SOZIALEN PROTEST WEITER DENKEN

RICHARD ROSKE (MA)

UNIVERSITÄT WIEN
ROSKE@DNGPS.DE

HANNA-MARIA PAUL (BA)

UNIVERSITÄT MÜNSTER & SCIENCES
PO LILLE
HANNA-MARIA.PAUL@UNI-
MUENSTER.DE

DAVID WEISS (BA)

GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT
AM MAIN & TU DARMSTADT
DAVID.WEISS@STUD.UNI-
FRANKFURT.DE

EINLEITUNG

Was ist *radikal* an der radikalen Demokratietheorie? Vielleicht schlicht und ergreifend der Umstand, dass es ihr um die Demokratie selbst geht, um die wesentliche Form der Selbstregierung eines *demos*. Keine bestimmte Ausprägung wie die heute so omnipräsenten liberalen Demokratien, sondern Demokratie selbst. Zur Wurzel – zur *radix* – der Demokratie zurückzukehren, bedeutet dabei in erster Linie die Frage der Volkssouveränität neu zu verhandeln. In diesem Zusammenhang kann Radikalität vor allem bedeuten, die durch die ‚demokratischen Revolutionen‘ durchgesetzten Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Solidarität zu aktualisieren, auszuweiten und zu intensivieren (Hetzl 2020).

Der Versuch einer radikalen Rückbesinnung auf die Demokratie selbst scheint aktuell aus mindestens zwei Beweggründen attraktiv. Erstens erleben wir einen vielfach diagnostizierten Rückzug demokratischer Institutionen und Prozesse, demokratische Öffentlichkeiten stehen unter Druck – sowohl politisch durch autoritär-nationalistische Kräfte als auch ökonomisch, etwa durch soziale Ungleichheit und einseitige Globalisierungsprozesse. Demokratie unter den Vorzeichen des ‚progressiven Neoliberalismus‘ (Fraser 2017, auch Brown 2019) bedeutet momentan eher Verteidigung oder gar Rückzug, eine unbefriedigende bis gefährliche Konstellation. Radikaldemokratische Ansätze dagegen vermögen es – trotz oder gerade aufgrund der Krisen unserer Demokratien –, spannende Anhaltspunkte für ein Weiterdenken wie auch die reale Vertiefung demokratischer Selbstregierung zu liefern. Wesentlich hierfür ist das radikaldemokratische Insistieren auf die konstitutive Unsicherheit und Prekarität politischer Relationen, ein Hinweis, durch den die Notwendigkeit eines aktiven Einstehens für demokratische

Verhältnisse verdeutlicht wird (Marchart 2010). Und ebenso auf Höhe der Zeit ist die radikaldemokratische Orientierung an sozialen Bewegungen, denen zugesprochen wird, das „verlorene Versprechen“ der Demokratie wieder einzulösen, ja, sogar die Rolle einer „Gegen-Demokratie“ zu bilden, welche die demokratische *Kontestation* staatlicher Institutionen aus der Zivilgesellschaft heraus leisten kann (Rosanvallon 2008).

Zweitens kann und konnte die radikale Demokratie besondere Strahlkraft im Rahmen von politik-*theoretischen* Debatten entwickeln, in Debatten um die Konzeptualisierung, um das auf den Begriff bringen und Verstehen von Demokratie. In der Diskussion mit liberalen/prozeduralen/Eliten- oder etwa deliberativen Demokratietheorien, so der Anspruch der Theoretiker*innen der radikalen Demokratie, wird anderen Demokratietheorien nicht per se ein kritischer Stachel abgesprochen, doch aber kritisiert, dass diese allzu oft als Apologetinnen des institutionellen und eben auch ideologisch hegemonialisierten Status quo dienen. Als prominentestes Ziel dieser Diagnose hervorzuheben, ist sicherlich die radikaldemokratische Kritik an der Verbindung von Demokratie und Liberalismus, also der inhärenten Verknüpfung von Volkssouveränität und individuellen Freiheitsrechten. Mit diesem Ausgangspunkt, so beispielsweise Chantal Mouffe (2013), verleihen liberale Demokratietheorien der Entkernung von demokratischer Selbstbestimmung, etwa durch kapitalistische Marktinteressen, philosophische Weihen.

Vor diesem politischen wie akademischen Hintergrund hat sich, so lässt sich also konstatieren, die lebhaft diskutierte radikale Demokratietheorie in ihrer aktuellen Spielart zu einer validen demokratietheoretischen Strömung empor gekämpft. Und in diesem Zuge ist dann auch festzustellen: Viele Grundpfeiler der Debatte sind nun abgesteckt. Innerhalb des radikaldemokratischen Diskurses, etwa zu zentralen ideengeschichtlichen Einflüssen oder den wichtigsten Begriffen, Konzepten und ontologischen Präsuppositionen wurde ein weitgehend gemeinsames Vokabular gefunden. Genauso sind auch in der Auseinandersetzung mit anderen demokratietheoretischen Strömungen mittlerweile viele Frontlinien abgesteckt, die Debatten geführt und ein mehr oder weniger freundschaftliches ‚agree to disagree‘ etabliert.

Angesichts dieser Entwicklung ist nun ein Trend zu einer gesteigerten Selbstreflexion des eigenen Theoriekörpers, eine Rückkehr zu wesentlichen Grundlagen post-fundamentalistisch informierter radikaler Demokratietheorien zu vernehmen (Flügel-Martinsen 2020). Andererseits kann sukzessive eine spezialisierende Ausdifferenzierung beobachtet werden (Herrmann & Flatscher 2020).

Der vorliegende Special Issue versammelt nun Essays von Studierenden der politischen Theorie. Die Essaysammlung geht aus der Arbeitsgruppe Politische Theorie der Deutschen Nachwuchsgesellschaft für Politik und Sozialwissenschaft (DNGPS) hervor, die in unterschiedlichen Formaten politiktheoretisch interessierte Studierende zu einem interdisziplinären Dialog über aktuelle Debatten der politischen Theorie und Philosophie zusammenbringt. Die Radikale Demokratietheorie hat – durch die hier bereits skizzierte Aktualität des radikaldemokratischen Denkens und ihrem Angebot zur Transformation des vielkritisierten Status quo – die Arbeitsgruppe

zunächst im Rahmen eines Lesekreises beschäftigt und ist letztlich in das Projekt eines gemeinsamen, breit angelegten Special Issues zu Fragen der radikalen Demokratie im Kontext von sozialem Protest und Wandel gemündet. Mit unserer Sammlung kleinerer Beiträge zur radikalen Demokratietheorie möchten wir ebenfalls an der mittlerweile fortgeschrittenen, doch nicht weniger lebhaften Debatte anknüpfen und weiterführende Überlegungen anstellen. Das Spektrum der hier versammelten Beiträge reicht dabei von der Beleuchtung aktueller politischer Streitfragen aus radikaldemokratischer Perspektive über radikaldemokratisch bislang noch wenig adressierte klassische politiktheoretische Konzepte bis hin zu bisher ebenfalls nicht explizit aufgegriffenen ideenhistorischen Inspirationsquellen für die radikale Demokratietheorie.

Die ersten zwei Beiträge des Special Issues stellen uns im Rückgriff auf Baruch de Spinoza und Jacques Rancière zwei zentrale Vordenker der Radikalen Demokratie vor. Jonas Birk und Patrick Huttel greifen das Denken des Wegbereiters Spinoza auf, um dem konservativ anmutenden Widerstandsverbot in dessen politischer Philosophie nachzuspüren. Die Autoren argumentieren, dass sich in Spinozas Widerstandsverbot subversives Potenzial verbirgt, indem Bürger*innen, die dem Postulat der Souveränität gehorsam sind, Veränderungen im Staatswesen ermöglichen. Marc Seul blickt mit Adornos Gesellschaftstheorie auf Jacques Rancière und formuliert eine im dialektischen Denken inspirierte Kritik der Rancière'schen Vorstellung radikaler Demokratie. Der Autor lastet Rancière dabei eine Verdinglichung sozialer Realität an, die sich in einer positivistischen Ontologie des Sozialen verfange.

Die zwei folgenden Essays sind Ausdruck der Suche nach einer fruchtbaren Erweiterung der radikaldemokratischen Theoriedebatten durch die Einbeziehung wichtiger Denker des Civil Rights Movement in den USA. David Weiß und Richard Roske untersuchen politische Reden und Schriften von Martin Luther King, Jr. auf ihren Gehalt für radikaldemokratische Reflexionen. In diesem Leseversuch zeigt sich der breit angelegte Demokratiebegriff Kings, der in vielen Punkten spannende Anknüpfungspunkte und Diskussionspotenzial für die Radikale Demokratie birgt. Im Anschluss daran beschäftigt sich Paul N. Schierle mit Huey P. Newtons theoretischem Werk. Der Beitrag legt dar, inwiefern die politische Philosophie des Mitbegründers der Black Panther Party durch die Verknüpfung von Theorie und Praxis sowie das grundsätzliche Politikverständnis zu aktuellen Debatten um radikale Demokratie beitragen kann.

Mit den letzten beiden Essays gelangen wir in die Gegenwart und blicken mit den Radikaldemokratie-Theoretiker*innen Balibar und Laclau und Mouffe auf aktuelle politische Kontroversen. Valerie Scheibenpflug argumentiert im Rückgriff auf die Theorie von Étienne Balibar, warum es ein demokratisches Recht gibt, sich gegen Abschiebungen zu wehren. Neben den geläufigen Ausdrucksformen von Volkssouveränität wie Rechtsnormen oder Wahlen, zeigt sich an dem historischen Beispiel der Suffragetten-Bewegung, dass auch Aufstand und Protest damals wie heute entscheidend zur Herausbildung einer demokratischen Selbstregierung beitragen. Abgerundet wird der Essayband durch den Beitrag von Leon Lobenberg, der die theoretische Kontroverse um Identitätspolitik wieder aufgreift und in der Spannung zwischen identitätspolitischen und klassenkämpferischen Argumenten ein versöhnendes Moment zu finden

versucht. Der Beitrag argumentiert für eine *radikaldemokratische Identitätspolitik*, die nicht auf die Konstruktion von Identitäten verzichtet, sondern diese subversiv in ein gegenhegemoniales Projekt einbaut.

Wir möchten uns schließlich herzlich bei allen bedanken, die zur Realisierung dieses Special Issues beigetragen haben. Hier gilt besonderer Dank den Reviewer*innen, die den Autor*innen konstruktives und inspirierendes Feedback gegeben haben.

LITERATUR

- Brown, Wendy (2019): Das Monster des Neoliberalismus. Autoritäre Freiheit in den ‚Demokratien‘ des 21. Jahrhunderts. In: Bohmann, Ulf/Sörensen, Paul (Hg.), Kritische Theorie der Politik. Berlin: Suhrkamp, 539-576.
- Flügel-Martinsen, Oliver (2020): Radikale Demokratietheorie zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag.
- Fraser, Nancy (2017): Vom Regen des progressiven Neoliberalismus in die Traufe des reaktionären Populismus. In: Geiselberger, Heinrich (Hg.), Die Große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp, 77-91.
- Herrmann, Steffen/Flatscher, Matthias (2020): Institutionen des Politischen. Perspektiven der radikalen Demokratietheorie. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Hetzel, Andreas (2020): 67. Radikal_ität. In: Comtesse, Dagmar/ Flügel-Martinsen, Oliver/ Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.), Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp, 604-607.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2013): Agonistics: Thinking the World Politically. London: Verso Books.
- Rosanvallon, Pierre (2008): Counter-Democracy. Politics in the Age of Distrust. Cambridge: Cambridge University Press.

SÜNDE IST ALSO NICHTS ANDERES ALS UNGEHORSAM- WIDERSTAND UND WANDEL BEI SPINOZA

JONAS BIRK (MA)

GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT

JONAS-BIRK@ONLINE.DE

PATRICK HUTTEL (MA)

GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT

AM MAIN & TU DARMSTADT

PATRICKAHUTTEL@WEB.DE

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende Untersuchung widmet sich dem konservativ erscheinendem Widerstandsverbot innerhalb der politischen Philosophie Baruch Spinozas. Dabei wird im Widerstandsverbot ein subversives Moment ausgemacht, welches den Wandel als die Grundlage des Staates und seinen Strukturen zeigt. In der Folge wird dargestellt, dass Spinoza den Widerstand und den Wandel in einer sehr spezifischen Weise denkt: Er richtet sich gegen die Gefahr, die von einer Regierung ausgeht, die gegen die eigenen Grundlagen der Souveränität handelt. Auf diese Weise tragen gehorsame Bürger*innen, wenn sie den Grundlagen der Souveränität gegenüber Gehorsam sind, zum Wandel bei, beziehungsweise ermöglichen diesen.

SCHLAGWÖRTER: WIDERSTAND WANDEL SOUVERÄNITÄT GEHORSAM SPINOZA

SO SIN IS NOTHING BUT DISOBEDIENCE - RESISTANCE AND CHANGE IN SPINOZA

JONAS BIRK (MA)

GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT
JONAS-BIRK@ONLINE.DE

PATRICK HUTTEL (MA)

GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT
AM MAIN & TU DARMSTADT
PATRICKAHUTTEL@WEB.DE

ABSTRACT

This study is dedicated to the seemingly conservative prohibition of resistance within the political theory of Baruch Spinoza. Within the said prohibition of resistance, a subversive moment is identified, which shows change as the basis of the state and its structures. Subsequently, it is shown that Spinoza thinks resistance and change in a very specific way: they are directed against the danger posed by a government that acts against its own foundations of sovereignty. In this way, obedient citizens, if obedient to the foundations of sovereignty, contribute to, or enable, change.

KEYWORD: RESISTANCE TRANSFORMATION SOVEREIGNTY OBEDIENCE SPINOZA

SÜNDE IST ALSO NICHTS ANDERES ALS UNGEHORSAM – WIDERSTAND UND WANDEL BEI SPINOZA

Gilles Deleuze schrieb in Hinsicht auf Spinozas Betrachtungen zur Moral, dass es die Konsequenzen der praktischen Thesen Spinozas gewesen seien, die den Spinozismus zu einem Skandal gemacht hätten (Deleuze 1988: 27). Wie angemessen diese Einschätzung ist, zeigt sich gerade in den Konsequenzen der politischen Theorie Spinozas. Die folgende Untersuchung demonstriert mittels Hinzuziehung der zugrunde gelegten Theoreme, wie sich aus einem konservativ anmutenden Widerstandsverbot transformative Konsequenzen ziehen lassen.

Im *Politischen Traktat* (TP) schreibt Spinoza, dass jeder Untertan gehalten ist, „die Beschlüsse des Gemeinwesens, selbst wenn er sie für unbillig hält, dennoch zu befolgen“ (TP 3/5: 39)¹. Damit findet man zuerst einmal eine deutliche Ablehnung von Widerstand gegen die Anordnungen des Souveräns. Chantal Jaquet (2021: 72) bestätigt dies in ihrer Analyse des Gehorsams, wenn sie schreibt, dass es für Spinoza kein Recht zum Aufruhr gibt – vielmehr sei die Reaktion auf möglichen Machtmissbrauch institutionell eingebettet. Das Ziel des Essays ist es zu zeigen, wie in der Dynamik des Gemeinwesens Wandel mitangelegt ist. Es wird sich sogar demonstrieren lassen, dass bei Spinoza der Wandel des Gemeinwesens auf einer Ebene gedacht wird, die an einer ganz anderen Stelle ansetzt als in einem einfachen Gedankenmodell des Widerstandes oder des Aufruhrs gegen den Staat – nämlich dem Wandel seiner Grundlagen und Strukturen.

Methodisch ist es sinnvoll, die angesprochene Problematik textnah an einer markanten Textstelle zu diskutieren, weshalb wir selbiges mit einer exemplarischen Textstelle aus dem *Politischen Traktat* ausführlich unternehmen werden. In dieser Textstelle finden sich einige zentrale Aspekte, anhand derer fürderhin die Diskussion strukturiert wird: „Gehorsam, auf der anderen Seite, ist der beständige Wille, dasjenige auszuführen, was dem Recht nach gut ist und kraft eines gemeinsamen Beschlusses geschehen soll“ (TP 2/19:31).

Für die folgende Diskussion ist es dienlich, sich drei in diesem Satz enthaltene Themen genauer anzuschauen: Erstens, was bedeutet „kraft eines gemeinsamen Beschlusses“? Zweitens, was bedeutet „was dem Recht nach gut ist“? Drittens, was bedeutet „beständiger Wille“?

¹ Im Folgenden wird sich auf den Politischen Traktat konzentriert. Die Autoren gehen darüber hinaus von einer Kontinuität des *Theologisch-Politischen Traktats* und der *Ethik* aus. Vergleiche hierfür beispielsweise die Argumentation bei Steinberg (2018: 64-79). Für den „Theologisch-politischen Traktat“ und den „Politischen Traktat“ werden jeweils die gängigen lateinischen Abkürzungen TTP und TP verwendet. Da Spinozas „Ethik“ der geometrischen Methode folgt, hat sich eine eigene Zitationsweise eingebürgert. In dieser Zitationsweise wird darauf eingegangen, dass Spinozas Ethik keinen klassischen Fließtext umfasst, sondern aus Lehrsätzen, Definitionen und Axiomen besteht.“ Die Ethik wird ebenso nach der gängigen Zitationsregel zitiert: Der Ethikteil wird als E+arabische Zahl angegeben und mit den folgenden gängigen Abkürzungen kombiniert: a für Axiom (*axioma*); aff.def für Definitionen der Affekte (*affectuum definitiones*); aff.gen.def für allgemeine Definition der Affekte (*af-fectuum generalis definitio*); app für Anhang (*appendix*); c für Folgesatz (*corollarium*); d für Beweis (*demonstratio*); def für Definition (*definitio*); ex für Erläuterung (*explicatio*); lem für Hilfssatz (*lemma*); p für Lehrsatz (*propositio*); post für Postulat (*postulatum*); praef für Vorrede (*praefatio*); s für Anmerkung (*scholium*).

DER GEMEINSAME BESCHLUSS

Wir gehorchen, so Spinoza, einem gemeinsamen Beschluss. Doch was ist die Form des Beschlusses? Wer beschließt?

Spinoza geht von der grundlegenden metaphysischen These² aus, dass alle Einzeldinge durch die Macht der Natur existieren und in ihrem Sein verharren (TP 2/2: 15). Dies gilt nach Spinoza ebenso für den Menschen, da er ein Teil der Natur ist (TP 2/6: 17). Auf der Grundlage dieser These kann Spinoza feststellen, dass das Naturrecht in keinem Widerspruch zum gesellschaftlichen Recht stehe (TP 2/15: 27). Dies unterstreicht er ebenfalls in einem Brief an Jarrig Jelles, in welchem er betont, dass er das natürliche Recht immer unangetastet lasse (Spinoza Brief L: 193)³. Das zentrale Argument verläuft grob in zwei Schritten: Zuerst bestimmt Spinoza den Zusammenschluss von Menschen und deren Verbindung der Kräfte durch einen quantitativen Mechanismus der Steigerung des Rechts und damit der Macht: Je mehr Menschen zu einer Einheit zusammenkommen, desto mehr Recht haben alle zusammen (TP 2/13-15: 25-27). In einem zweiten Schritt stellt Spinoza klar, dass Menschen gemeinsame Rechtsgesetze brauchen, um ihr Recht der Natur auszuüben – ein Zustand ohne Zusammenschluss ist für Spinoza undenkbar: Wenn man das natürliche Recht des Menschen vom Einzelnen her bestimme, dann sei es so gut wie nichts, da jegliche Sicherheit, seiner inne zu sein, fehle (TP 2/15: 27).⁴ Aus diesem Grund lässt sich bei Spinoza nicht von einem Gegensatz des natürlichen und des gemeinsamen Rechts sprechen (TP 2/15: 27). Wenn Menschen „gemeinsame Rechtsgesetze haben und alle wie von einem Geist geleitet werden“⁵ (TP 2/16: 27-29), dann habe niemand ein anderes Recht auf etwas, als das gemeinsame Recht zugestehe (TP 2/16: 27-29). Dabei ist die Figur der Macht der Menge entscheidend: Spinoza erklärt, dass das gemeinsame Recht von der Macht der Menge her bestimmt wird (TP 2/17: 29). Dieses gemeinsame Recht sei die Regierungsgewalt oder auch die Souveränität (TP 2/17: 29). Wie Martin Saar (2013: 348f.) betont, so stützen sich erstens alle sozialen und politischen Ordnungen zu einem gewissen Grad auf diese Macht der Menge und hängen von ihr ab. Wegen des fundamentalen Status der Macht der Menge seien zweitens die Fundamente aller politischen Strukturen im Kern demokratisch und erst eine demokratische Organisationsform würde dieser Konstitutionsbedingung gerecht (Saar 2013: 349). Genau aus diesem Grund lässt sich sagen, dass das Recht des Souveräns nur so weit gehe, wie die Menge – als Subjekte des Souveräns – zustimme, das heißt, solange sie den Befehlen Folge leiste (Curley 2020: 320).

Somit können wir fürs Erste festhalten: Der angeführte gemeinsame Beschluss meint das

2 Für eine ausführlichere Zusammenfassung und Einführung in den Zusammenhang von Metaphysik und Politik bei Spinoza siehe: Hindrichs 2006: 13-40.

3 Hierbei ergeben sich aus diesem Verständnis des Naturrechts natürliche Begrenzungen der Souveränität (Curley 2020: 323).

4 Steinbergs These, dass Sicherheit bei Spinoza nicht nur reine körperliche Sicherheit sei, sondern weitergehend ebenso als „civic security and an affective or psycho-social condition“ zu verstehen sei, ist überzeugend (2018: 92).

5 Für eine ausführliche und textnahe Diskussion dieser entscheidenden Formel siehe: Balibar 2005: 70-99.

gemeinsame Recht, das die Souveränität begründet. Aus dieser Souveränitätsfigur bezieht die Forderung nach Gehorsam ihre Macht. Ebenso ist dieser gemeinsame Beschluss nicht gegen, sondern durch das Naturrecht zu lesen und zu verstehen. Dies bringt uns aber direkt zum zweiten Aspekt: In welcher Weise bestimmt der gemeinsame Beschluss das dem Recht nach Gute?

WAS DEM RECHT NACH GUT IST

Spinoza macht in der Regulierung von affektiven Dynamiken ein zentrales Problemfeld aus, weshalb Gesellschaften nicht ohne gemeinsames, die affektiven Dynamiken strukturierendes und kanalisierendes, Recht auskommen (TTP.V: 88). Wir pflichten hier Alexandre Matheron bei, welcher betont, dass der politischen Theorie Spinozas der Conatus⁶ zugrunde liegt (Matheron 1988: 9). Deswegen betrachten wir nun die Dynamiken, die sich aus dem Conatus für das gemeinsame Recht ergeben: Spinoza expliziert in seiner Theorie, dass es sich bei den Affekten der Freude um eine Vermehrung der Wirkmächtigkeit des Conatus und bei den Affekten der Trauer um eine Verminderung der Wirkmächtigkeit des Conatus handelt (E3p11s). Entscheidend für unsere Thematik ist nun, dass Spinoza seine Konzeption von Gut und Schlecht auf der Grundlage dieser Dynamik aufbaut: Wir nennen etwas gut, weil wir es begehren, weil es uns Freude bringt und unsere Wirkmächtigkeit vermehrt (E3p9s). Wir nennen etwas Schlecht, weil es uns zuwider ist, da es uns Trauer bringt, das heißt unsere Wirkmächtigkeit verringert (E3p9s). Pierre Macherey (1997: 21) verdeutlicht, dass die Begriffe gut und schlecht für Spinoza keinen absoluten, sondern einen relativen und graduellen Wert haben. Das Problem ist, dass ein jeder zuerst einmal von seinem eigenen Affekt her ein Ding als Gut oder Schlecht bestimmt (E3p39s). Die Konsequenz, aus einem rein individuellen und leidenschaftlichen Streben nach dem für Gut und Schlecht empfundenen, ist der Konflikt (E3p51s, E3p55s).

Spinoza macht infolgedessen den Gedanken stark, dass eine Vereinigung von Menschen in der Lage ist, eine gemeinsame Lebensregel und damit gemeinsame Gesetze durchzusetzen (E4p37s2). Diese Vereinigung von Menschen beurteile – nach übereinstimmender Ansicht „aller“ – was gut und was schlecht ist (E4p37s2). Die gemeinsame Entscheidung über Gut und Schlecht wirkt so als eine Form von immanenter gemeinschaftlicher Existenzweise (Deleuze 1988: 35). Der entscheidende Punkt ist hier: Die einzelnen Individuen in der Menge treffen ihre Entscheidungen von Gut und Schlecht nicht mehr individuell, sondern auf der Grundlage des gemeinsamen Rechts der Gemeinschaft und bestimmen so gesellschaftliche Kategorien wie Gerechtigkeit, Sünde oder Gut und Schlecht (TP 2/8: 21-23; 2/19: 31). Erstens ist dabei entscheidend, dass es sich um keine dem Prozess vorausgehende substantielle Normativität handelt (Celikates 2006: 61). Zweitens ist dieser Prozess keine Einbahnstraße: Er verläuft nicht nur von der Menge zum Staat, da die Menge ihre Handlungsgründe wiederum von staatlichen Gesetzen im obigen Sinne bezieht, wie Hindrichs betont (2006: 21). Dies zeigt sich bei Spinozas Verweis auf die Bedeutung der Erziehung für das,

⁶ „Jedes Ding strebt gemäß der ihm eigenen Natur in seinem Sein zu verharren“ (E3p6). Bei Spinoza ist das Einzelding als Conatusstreben definiert (E3p7).

was Recht und Unrecht genannt wird (E3Aff.Def.27e).

Es lässt sich daher für unsere Argumentation festhalten: Der gemeinsame Beschluss ist, als eine affektive Bedeutung des Guten und des Schlechten zu verstehen. Der gemeinsame Beschluss und damit das gemeinsame Recht gleicht die Conatus in Bezug auf das an, wonach diese streben. Ebenso ist dies keine einseitige Angleichung, was es im nächsten Teil zu vertiefen gilt.

DER BESTÄNDIGE WILLE

Konstatieren lässt sich bereits, dass für Spinoza Souveränität und Normativität ein Ausdruck der Menge und des gemeinsamen Beschlusses sowie des gemeinsamen Rechtes dieser Menge sind. Dazu ist für die Frage nach dem Widerstand folgendes festzuhalten: Wenn nun das gemeinsame Recht und die Souveränität grundlegend von der Macht der Menge abhängen, so lässt sich nahelegen, dass Wandel bei Spinoza *nicht* im Framework von Menge gegen Staat gedacht wird. Denn Spinoza betont in der Diskussion der Aufgaben des Staates, dass die erlassenen Rechtsgesetze nur vom Beschluss des Gemeinwesens abhängen (TP 4/5: 59). Der Wandel ist bei Spinoza somit nicht gegen den Staat, sondern vielmehr als *Wandel der Grundlage des Staates* konzipiert. Ebenso wie gut und schlecht auf der individuellen Ebene relativ für das Musterbild des Menschen sind, so sind gut und schlecht relativ auf das Musterbild des Menschen durch die Entscheidung des Gemeinwesens bestimmt.

Unser Argument ist dabei, dass sich hier subversives Potential bei Spinoza ausmachen lässt: Um dies deutlich zu zeigen, möchten wir die Emphase unserer Interpretation auf die Definition der Entscheidung des gemeinsamen Rechts als ständig ablaufendem affektiven Prozess legen. Für unsere Argumentation soll der individuelle Conatus den Ansatzpunkt bieten: Pierre Macherey (2005: 85) verdeutlicht in seiner Diskussion des Conatus, dass sich das Streben des Conatus stets in der Form eines gegenwärtigen Aktes ausdrückt. Diesen Aspekt möchten wir für die spinozistische Souveränitätskonzeption verfechten, da sich für diesen bei Spinoza drei gute Argumente finden lassen: 1. Souveränität wird von Spinoza auf die Menge zurückgeführt (TP 3/2: 35-37); 2. Spinoza selbst sagt, dass er seine eigenen Ausführungen aus dem menschlichen Conatus erwiesen habe (TP 3/18: 53); 3. der Prozess des Zusammenschlusses der Kräfte und der Machtsteigerung zwischen Individuen führt zu einem gesteigerten Recht und damit auch zu einer Intensivierung der Wirkmächtigkeit der Conatus (TP 2/13:25). Dies bedeutet aber nicht automatisch, der Souveränität selbst einen Conatus zuzusprechen – vielmehr haben die einzelnen Individuen der Menge einen angeglichenen Conatus und damit eine sich aktualisierende Selbsterhaltung, die sich in Bezug auf das gemeinsame Recht angeglichen aktualisiert. In dieser Stoßrichtung ist auch Martin Saars Ausführung zu lesen, dass sich in der affektiven Bezugnahme auf das Allgemeine der individuelle Conatus ausdrücke (2013: 359). Aber gerade der Moment der ständigen Aktualisierung des gemeinsamen Rechts bietet eine Möglichkeit, eine subversive Figur herauszustellen und gleichzeitig die Figur der gemeinsamen Interpretation der Gesetze durch den Inhaber der Regierungsgewalt beizubehalten (TP 4/6: 59-61).

Somit zeigt sich in aller Deutlichkeit, dass sich die Frage des Widerstandes in der Theorie

Spinozas nicht auf die klassische Weise eines Rechtes gegen den Staat und seine Gesetze stellt: Der Wandel wird in einem prozesshaften Verständnis einer sich aktualisierenden Souveränität ausgedrückt. Wenn die Souveränität versucht sich diesem Prozess zu entziehen, dann entreißt sie sich die eigene Grundlage und gefährdet die eigene Stabilität. Diese Gefahr lässt sich in dem Verweis Spinozas auf die Untergebenen und deren Nichtbefolgung der Befehle Odysseus' ausmachen – Odysseus, von den Sirenen betört und in den Bann gezogen, versucht sich sinnbildlich vom Mast wie von den grundlegenden Gesetzen, seinen vorherigen Befehlen, loszumachen (TP 7/1: 93-95). Jaquet beschreibt, dass man in diesem Beispiel einen absoluten Gehorsam (*obéissance absolue*) finde, der als Verweigerung eines Befehls zu verstehen sei (2021: 71). Eine solche „Verweigerungsmacht“ (*pouvoir d'empêchement*) (Jaquet 2021: 72) gibt es bei Spinoza aber nur, wenn sich der Souverän von der eigenen Grundlage entfernt: In unserer Argumentation heißt das von seiner eigenen, sich aktualisierenden Souveränität in der Macht der Menge. Wer nach Spinoza so gegen den Staat als Steuerungsmedium der Menge handelt „und insoweit [diese Individuen] nur ihrem eigenen Recht unterliegen“, so gelten sie sogar explizit als „Feinde des Staates [...], die in Schranken zu halten zu Recht erlaubt ist“ (TP 3/8: 41-43). Im Umkehrschluss gilt jedoch auch, dass das Recht des Souveräns dort seine Schranke findet, wo er nicht mehr auf den Gehorsam der Untertanen bauen kann (Celikates 2006: 51)

LITERATUR

- Balibar, Etienne (2005): *Potentia multitudinis, quae una veluti mente ducitur: Spinoza on the Body Politic*. In: Daniel, Stephen H. (Hg.), *Current continental theory and modern philosophy*, Evanston, Evanston: Northwestern University Press, 70–99.
- Celikates, Robin (2006): *Demokratie als Lebensform: Spinozas Kritik des Liberalismus*. In: Hindrichs, Gunnar (Hg.), *Die Macht der Menge: Über die Aktualität einer Denkfigur Spinozas. Beiträge zur Philosophie. Neue Folge*. Heidelberg: Universitätsverlag Winter, 43–65.
- Curley, Edwin (2022): *Kissinger, Spinoza, and Genghis Khan*. In: Garrett, Don (Hg.), *The Cambridge companion to Spinoza*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press, 309–334.
- Deleuze, Gilles (1988): *Spinoza. Praktische Philosophie. Internationaler Merve Diskurs*, Bd. 139. Berlin: Merve.
- Hindrichs, Gunnar (2006): *Die Macht der Menge – der Grundgedanke in Spinozas politischer Philosophie*. In: Hindrichs, Gunnar (Hg.), *Die Macht der Menge über die Aktualität einer Denkfigur Spinozas. Beiträge zur Philosophie. Neue Folge*. Heidelberg: Universitätsverlag Winter, 13–40.
- Jaquet, Chantal (2021): *Critique de l'indignation Désobéissance et obéissance absolue chez Spinoza*. In: *Revue internationale de philosophie*, 295 (1), 55–72.
- Macherey, Pierre (1997): *Introduction à l'Ethique de Spinoza. La quatrième partie. La condition humaine*. Paris: Presses Universitaires de France, 1258–2743.
- Matheron, Alexandre (1988): *Individu et communauté chez Spinoza. Nouvelle édition*. Paris: Édition de Minuit.
- Saar, Martin (2013): *Die Immanenz der Macht. Politische Theorie nach Spinoza*. Berlin: Suhrkamp.
- Spinoza, Baruch de (2018): *Theologisch-politischer Traktat*. 2. Auflage. Hamburg: Meiner.
- Spinoza, Benedictus de (2017): *Briefwechsel*. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Spinoza, Baruch de (2015): *Ethik*. 4. Auflage. Hamburg: Meiner.
- Spinoza, Baruch de (2010): *Politischer Traktat. Lateinisch-Deutsch*, 2. Auflage. Hamburg: Meiner.
- Steinberg, Justin (2018): *Spinoza's Political Psychology. The Taming of Fortune and Fear*. Cambridge: Cambridge University Press.

KARTOGRAPH DES UNMÖGLICHEN

ZUR KRITIK VERDINGLICHTEN DENKENS BEI JACQUES RANCIÈRE

MARC SEUL (BA)

UNIVERSITÄT TRIER

S3MASEUL@UNI-TRIER.DE

ZUSAMMENFASSUNG

Das politische Denken Jacques Rancières verspricht eine theoretische Auflehnung gegen die neoliberale Verwaltung des universalen Sachzwangs. Der Beitrag diskutiert seine Version einer radikalen Demokratietheorie aus der Perspektive der dialektischen Gesellschaftstheorie und -kritik im Anschluss an Adorno und untersucht sein Denken in Bezug auf die Feindbilder des dialektischen Denkens: Ontologie und Positivismus. Rancières Theorie radikaler Demokratie wird identifiziert als verdinglichtes Denken, das Konflikt als sozialanthropologische Konstante in einer positivistischen Ontologie des Sozialen theoretisch fixiert.

STICHWÖRTER: RADIKALE DEMOKRATIE VERDINGLICHTUNG SOZIALONTOLOGIE
POSTMARXISMUS DIALEKTIK

CARTOGRAPHER OF THE IMPOSSIBLE

A CRITIQUE OF REIFIED THOUGHT IN JACQUES RANCIÈRE

MARC SEUL (BA)
UNIVERSITÄT TRIER
S3MASEUL@UNI-TRIER.DE

ABSTRACT

Jacques Rancière's political thought promises a theoretical revolt against the neoliberal administration of universal *Sachzwang*. The paper discusses his version of a radical theory of democracy from the perspective of dialectical theory and critique of society following Adorno and examines his thinking in relation to the enemies of dialectical thinking: ontology and positivism. Rancière's theory of radical democracy is identified as reified thinking, theorizing conflict as a social anthropological invariant in a positivist ontology of the social.

KEY WORDS: RADICAL DEMOCRACY REIFICATION SOCIAL ONTOLOGY POST-MARXISM
DIALECTICS

Jacques Rancière gehört zu den einflussreichsten Stimmen im politik-theoretischen Diskurs über die Krise der repräsentativen Demokratie. Die politische und insbesondere akademische Konjunktur des selbsternannten „Kartograph[en] des Möglichen“ muss wohl auch als Folge seiner „enthusiastische[n] Betonung der irreduziblen Konflikthaftigkeit und Performativität des Politischen“ (Abbas 2019: 388) verstanden werden, die in Zeiten von ‚Postdemokratie‘- und ‚Post-Politik‘-Diagnosen besondere Anziehungskraft besitzt und eine theoretische Auflehnung gegen die neoliberale Verwaltung des universalen Sachzwangs verspricht. Dass ein solches Denken Anhänger*innen liberal-repräsentativer Demokratiemodelle abschreckt, mag kaum verwundern. Doch auch vonseiten einer dialektischen Gesellschaftstheorie und -kritik ist Rancières politisches Denken zu kritisieren: als verdinglichtes Denken, das die konflikthafte Verfasstheit aller bisherigen Gesellschaftsformen fatalerweise zum Anlass nimmt, Konflikt als sozialanthropologische Konstante in einer Ontologie des Sozialen theoretisch festzuschreiben. Die nachfolgende Kritik im Geiste des dialektischen Denkens Theodor W. Adornos erfolgt in der Hoffnung, dass die Vertreter*innen radikaler Demokratietheorien sich in kritischer Reflexion der Elemente verdinglichten Denkens - Ontologie und Positivismus - theoretisch entledigen, um ihre Kritik zu schärfen. In diesem Sinne sind die folgenden Ausführungen als *immanente Kritik* zu verstehen, „die einen Gegenstand an seinen eigenen Voraussetzungen mißt [sic!], ihn gleichsam mit sich selbst, das heißt mit seinen eigenen Konsequenzen konfrontiert“ (Adorno 2016: 683).

DIALEKTISCHES DENKEN UND VERDINGLICHUNGSKRITIK

„Die Dialektik hat [...] eine doppelte Frontstellung: auf der einen Seite nämlich gegen die Ontologie, und auf der anderen Seite gegen den Positivismus“ (Adorno 2019: 158), definiert Theodor W. Adorno 1958 in seiner Vorlesung *Einführung in die Dialektik* die Gegenstände der Kritik dialektischen Denkens. Anders ausgedrückt: Aufgabe der Dialektik ist der „Kampf gegen die Verdinglichung der Welt, [...] bei der das Gefrorene, Festgefahrene, geschichtlich Entstandene so erscheint, als ob es ein Ansichseiendes wäre, das ein für allemal und für alle Zeiten für uns gilt“ (Adorno 2019: 22-23). Dialektisches Denken zeichnet sich demnach durch den Anspruch der „Intransigenz gegenüber jeglicher Verdinglichung“ (Adorno 1977: 26) aus – als Folge der Entdeckung der geschichtlichen Dimension (sozialer) Realität. Diese gleichsam „kopernikanische Wendung“ (Adorno 2019: 21) des kritischen Bewusstseins ist Voraussetzung dafür, an den Grundfesten eines jeden Denkens zu rütteln, das sich anschickt, Aussagen über eine vermeintliche Natur oder ein Wesen des Menschen und seiner sozialen Institutionen zu treffen. Solche Denkansätze, Ontologien des Sozialen, wären zu entlarven: als „Ausdruck versteinelter Verhältnisse, die sich selber perpetuieren wollen“ (Adorno 2019: 22), als elaborierte Affirmation dessen, was ist. Sie bieten einen „polemischen Ansatzpunkt“ (Adorno 2019: 23) für die dialektische Tradition der Gesellschaftstheorie und -kritik. Wie müsste nun das Urteil eines Denkens, das sich in dieser Tradition verortet beziehungsweise an diese anschließt, über das politische Denken Jacques Rancières ausfallen? Ersichtlich wäre dazu nach verdinglichtem Denken in seinen zwei Hauptmomenten Ausschau zu halten: (1) Ontologie und (2) Positivismus.

SOZIALE ONTOLOGIE DES KONFLIKTS

Ein fehlendes Bewusstsein für die Problematik des Postulierens von „anthropological invariant[s]“ (Rancière 2004: 4) und daraus abgeleiteten Thesen kann Jacques Rancière kaum vorgeworfen werden. Die Kritik Axel Honneths, er besitze ein anthropologisches Gleichheitsmodell, weist Rancière klar zurück: „Concerning equality, I must say that I disagree with the idea that I make equality a kind of anthropological property.“ (Honneth/Rancière 2016: 111). In Abgrenzung zu Habermas erklärt er sogar ausdrücklich: „Nothing can be deduced from some anthropological property common to humanity in general, because the ‚common‘ is always contested at the most immediate level“ (Rancière 2004: 5). Als ehemaliger Schüler und später vehementer Kritiker Louis Althusser (Rancière 2014) ist für ihn insbesondere die Kritik und Abgrenzung von Marx bzw. der marxistischen Orthodoxie von zentraler Bedeutung (Fisken 2014). Seine Kritik richtet sich dabei in typisch post-marxistischer Manier gegen ein teleologisches Geschichtsverständnis sowie eine essentialistische und reduktionistische Deutung der Relation von materiellen Verhältnissen und Politik.⁷ Doch sein Denken beinhaltet eine implizite Absage an den eigenen Anspruch der Infragestellung von Meta-Narrativen und essentialistischer Philosophie, die er unter dem Begriff „Meta-Politik“ (Rancière 2018: 93) bei Marx kritisiert.

In einem jeglichen Sozialwesen kommt für Rancière die „contestatory, conflictual nature of the very givens of common life“ (2004: 7) zum Vorschein. Jede soziale Ordnung zeichne sich durch eine je spezifische „Aufteilung des Sinnlichen“ (Rancière 2018: 57) aus, die aber notwendig eine „grundsätzliche Verrechnung“ (Rancière 2018: 19) der Teile beinhalte und durch diese den politischen Konflikt um die symbolische wie materielle Ordnung des Sinnlichen notwendig mache. Eine solche „Ordnung der Körper, die die Aufteilungen unter den Weisen des Machens, den Weisen des Seins und den Weisen des Sagens bestimmt“ (Rancière 2018: 41), belegt Rancière mit der Bezeichnung Polizei (*la police*). Für Handeln, das ein solches „Wahrnehmungsregime“ (Agridopoulos 2018: 245) infrage stellt, reserviert er dagegen die Bezeichnung Politik (*la politique*) (Rancière 2004: 6). In diesem Sinne spricht Rancière vom „konstitutiven Unrecht der Politik“ (2018: 19): die notwendige Verrechnung der Teile der Aufteilung des Sinnlichen bildet den Ursprung der konflikthaften Verfasstheit eines jeden Sozialwesens, gegen dessen symbolische Ordnung in politischen Akten eine andere „form of symbolising the common“ (Rancière 2004: 6) gesetzt wird.

Doch Ergebnis eines solchen im Sinne Rancières genuin politischen Handelns ist nicht eine „Aufteilung des Sinnlichen“ der Gleichheit oder der Gerechtigkeit ohne Verrechnung der Teile. Die „Wirkkraft“ genuin politischer Akte soll zwar „über das sich wiederholende Ereignismoment hinaus“ (Agridopoulos 2018: 243) gehen, da die stete Wiederholung solcher genuin politischer Momente – iterative Prozesse im Sinne Derridas (Inston 2017) – die polizeiliche Ordnung durch die Einschreibung von Momenten der Gleichheit transformiere und „das Potenzial die Verhältnisse

7 Inwiefern diese Kritik gerechtfertigt ist, muss hier offenbleiben. Zumindest der späte Marx hat sich hier vielfach selbst korrigiert (Musto 2020). Als Vorwurf gegenüber der marxistischen Orthodoxie im Anschluss an Engels und Lenin taugt die Kritik wohl allemal.

von Raum, Zeit und sinnlicher Wahrnehmung innerhalb der Subjektivierungsprozesse in neue *egalitäre Verhältnisse* umzuformen“ (Agridopoulos 2018: 243, Herv. i. O.) besitze. Gleichheit ist dabei für Rancière jedoch stets nur eine *Idee*, die prinzipiell nicht in der Realität verwirklicht werden kann, denn „Gleichheit schlägt“, so postuliert er, notwendigerweise „in ihr Gegenteil um, sobald sie sich in einen Platz gesellschaftlicher oder staatlicher Organisation einschreiben will“ (Rancière 2018: 46). Daraus folgt nicht nur ein „systematisches Desinteresse an der Frage der politischen Herrschaft und der demokratischen Aneignung der Staatsmacht“ (Hirsch 2007: 152) und die Annahme, dass der Konflikt um die *sinnlich-symbolische* Ordnung Essenz *jeglicher* politischer Kämpfe ist. Besonders fatal ist, dass es damit in Rancières Denken konsequenterweise nicht einmal die *Möglichkeit* eines Sozialwesens ohne symbolische Exklusion gibt. Der Kritiker des Marxschen (bzw. marxistischen) Essentialismus und der ontologischen Fundierungen politischen Denkens (Rancière 2011: 12) nimmt so die konflikthafte und exkludierende Verfasstheit aller *bisherigen* Gesellschaftsformen zum Anlass, selbst in ein Denken zurückzufallen, das Exklusion und Konflikt als sozialanthropologische Konstanten in einer Ontologie des Sozialen theoretisch festschreibt.

POSITIVISTISCHE TRANSHISTORISIERUNG DER KATEGORIEN DER NEOLIBERALEN SACHZWANGVERWALTUNG

Diese soziale Ontologie des Konflikts basiert grundlegend auf der Gesellschafts- und Krisendiagnose einer postdemokratischen – oder nach dem Verständnis Rancières: einer post-politischen – Situation. So spiegelt die theoretische Unterscheidung zwischen *Polizei* und *Politik* die realen „faktischen Prozesse[,] einer zunehmenden rechtlichen Entfesselung staatlichen Handelns aus demokratischer Kontrolle“ (Hirsch 2018: 182) und transhistorisiert die dieser Diagnose einer spezifischen historischen Situation zugrundeliegende theoretische Differenzierung. Die in der Krisendeutung der marktkonformen, post-politischen Demokratie entwickelte analytische Aufteilung in einen sachlichen Bereich der Verwaltung (Polizei) und einen sozialen Bereich der iterativen „Einrichtung eines Anteils der Anteillosen“ (Rancière 2018: 24) (Politik) wird als *brutum factum* jeglicher Gemeinwesen postuliert – „[v]om Athen des 5. Jahrhunderts vor Christus bis zu unseren Regierungen“ (Rancière 2018: 27) und zukünftigen. Politisches Handeln wird als stets bloß temporäre rituelle „Unterbrechung“ (Rancière 2018: 25) der polizeilichen Ordnung gedacht. Damit reproduziert Rancière in seinem politischen Denken die gegebene soziale Verfasstheit einer spezifischen historischen Situation, die positive soziale Faktizität, und identifiziert sie als unabänderliches Merkmal *jeder* Gesellschaft, ohne die Möglichkeit der theoretischen wie praktischen Negation der konflikthaften Gesellschaft – und sei es bloß im Denken – zuzulassen.

Rancière, der nach eigener Aussage darauf abzielt, ein Verständnis für „the *singular historical situation* of the eclipse of politics“ (2004: 8; Herv. d. Verf.) zu ermöglichen, transhistorisiert so seine eigene diagnostische Deutung der historisch spezifischen Situation des postdemokratischen Zustands und postuliert sie als das vermeintliche, gleichsam schicksalhafte Wesen einer jeden sozialen Ordnung. In seinem Denken erschöpfen sich die Perspektiven politischen Handelns in *allen* Gesellschaften so in dem, was die *jetzige* Gesellschaft bereits zulässt. Es übernimmt damit die

Koordinaten des Faktischen, positiviert sie zur unvermeidlichen Notwendigkeit.

In dieser konflikthaften Ontologie des Sozialen bleibt konsequenterweise bloß noch die temporäre rituelle „Unterbrechung“ (Rancière 2018: 25) der polizeilichen Ordnung, die vielleicht durch wiederholte Störung eine andere – sogar bessere (Rancière 2018: 42) –, aber eben stets nur eine *grundsätzlich exkludierende* sinnliche Ordnung schaffen kann. So sind die theoretischen Postulate Rancières „in dieser Weise realistisch [...], dass sie normative Potentiale der Beschreibung des Bestehenden angleichen“ (Maus 2015: 21), wie es Ingeborg Maus in ihrer Kritik zeitgenössischer Demokratietheorien treffend formuliert. Während die dialektische Gesellschaftskritik politisches Handeln immer vor dem Hintergrund der Möglichkeit einer befreiten Gesellschaft denkt und so an der Möglichkeit herrschaftsfreien menschlichen Soziallebens prinzipiell festhält – nicht zuletzt als Grundierung für die Kritik dessen, was der Fall ist –, gibt Rancière die Perspektive der *Überwindung jeglicher Herrschaft* auf und begnügt sich mit ihrer *Aussetzung* (Hirsch 2007: 154). In der Konsequenz *erscheint* Herrschaft als unausweichliches Schicksal des Menschen, Ungleichheit wird theoretisch besiegelt, das Denken positivistisch verpflichtet auf den „Mythos dessen, was der Fall ist“ (Horkheimer/Adorno 1985: 14).

KARTOGRAPH DES UNMÖGLICHEN

Der Kritiker der Meta-Narrative und selbsterklärte „Kartograph des Möglichen“ vergeht sich damit am eigenen Anspruch. Die Überwindung von Herrschaft, die positive Aufhebung der „versteinerten Verhältnisse, die sich selber perpetuieren wollen,“ (Adorno 2019: 22) zum ‚Verein freier Menschen‘ (Marx), ist in seinem Denken ex hypothesi unmöglich. Die – vermeintlich radikale – theoretische Auflehnung gegen die neoliberale Verwaltung des universalen Sachzwangs entpuppt sich als eine „ganz besondere Affirmation des Bestehenden, die uns lediglich sagt, dass es anders werden kann, aber niemals besser“, wie Ingo Elbe mit Bezug auf andere post-marxistische Autor:innen formuliert hat (Elbe 2020: 146). Der selbsternannte „Kartograph des Möglichen“ (Abbas 2019: 388) entpuppt sich in der Konsequenz als Kartograph des Unmöglichen, sein politisches Denken als – durchaus nicht beabsichtigte – theoretische Affirmation dessen, was ohnehin der Fall ist. Rancières positivistische Sozialontologie des Konflikts ist damit aus der Perspektive einer an Adorno geschulten Dialektik als verdinglichtes Denken zu bestimmen – und zu kritisieren.

LITERATUR

- Abbas, Nabila (2019): 46. Jacques Rancière. In: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.), *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*. Berlin: Suhrkamp, 388–399.
- Adorno, Theodor W. (2019): *Einführung in die Dialektik*. 4. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (2016): *Philosophische Terminologie I und II*. 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W. (1977): *Kulturkritik und Gesellschaft*. In: Adorno, Theodor W., *Gesammelte Schriften*, Band 10.1: *Kulturkritik und Gesellschaft I*. Berlin: Suhrkamp, 11–30.
- Agridopoulos, Aristotelis (2018): *Das anteillose Volk gegen die soziale Hierarchisierung. Zur anarchischen und egalitären Logik im Denken Rancières*. In: Linpinsel, Thomas/Lim, Il-Tschung (Hg.), *Gleichheit, Politik und Polizei: Jacques Rancière und die Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 231–248.
- Elbe, Ingo (2020): *Gestalten der Gegenaufklärung. Untersuchungen zu Konservatismus, politischem Existentialismus und Postmoderne*. 1. Auflage. Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Fisken, Tim (2014): *The Visibility of Politics: Jacques Rancière's Challenge to Marxism*. In: Habjan, Jernej/Whyte, Jessica (Hg.), *(Mis)readings of Marx in Continental Philosophy*. London: Palgrave Macmillan, 145–161.
- Hirsch, Michael (2018): *Das Politische als Entpolitisierung der Politik. Ein emanzipatorischer Begriff radikaler Demokratie*. In: *Zeitschrift für kritische Sozialtheorie und Philosophie*, 5 (2), 182–191.
- Hirsch, Michael (2007): *Die zwei Seiten der Entpolitisierung. Zur politischen Theorie der Gegenwart*. Stuttgart: Franz Steiner.
- Honneth, Axel/Rancière, Jacques (2016): *A Critical Discussion*. In: Genel, Katia/Deranty, Jean-Philippe (Hg.), *Recognition or Disagreement. A Critical Encounter on the Politics of Freedom, Equality, and Identity*. New York: Columbia University Press, 107–129.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1985): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. In: Horkheimer, Max, *Gesammelte Schriften*, Band 5: *Dialektik der Aufklärung und Schriften 1940-1950*. Frankfurt am Main: Fischer, 13–289.
- Inston, Kevin (2017): *Inscribing the Egalitarian Event. Jacques Rancière and the Politics of Iterability*. In: *Constellations*, 24 (1), 15–26.
- Maus, Ingeborg (2015): *Zur Aufklärung der Demokratietheorie. Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant*. 2. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Musto, Marcello (2020): *The Last Years of Karl Marx. An Intellectual Biography*. Stanford: Stanford University Press.
- Rancière, Jacques (2018): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. 7. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rancière, Jacques (2014): *Die Lektion Althusser's*. Hamburg: LAIKA.
- Rancière, Jacques (2011): *The Thinking of Dissensus: Politics and Aesthetics*. In: Bowman, Paul/Stamp, Richard (Hg.), *Reading Rancière*. London: Continuum, 1–17.
- Rancière, Jacques (2004): *Introducing disagreement*. In: *Angelaki: journal of the theoretical humanities*, 9 (3), 3–9.

DEMOKRATIE, HEGEMONIE, ETHIK – EIN RADIKALDEMOKRATISCHER VERSUCH ZUR POLITISCHEN PHILOSOPHIE VON MARTIN LUTHER KING, JR.

RICHARD ROSKE (MA)

UNIVERSITÄT WIEN
ROSKE@DNGPS.DE

DAVID WEISS (BA)

GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT
AM MAIN & TU DARMSTADT
DAVID.WEISS@STUD.UNI-
FRANKFURT.DE

ZUSAMMENFASSUNG

Während Martin Luther King, Jr. als Ikone der *Civil Rights*-Bewegung in den 1960er Jahren bekannt ist, werden seine Predigten, politischen Reden und Schriften erst in den vergangenen Jahren vermehrt auch als politiktheoretisch fruchtbare Ressource, etwa für demokratiethoretische Debatten, wahrgenommen. In diesem Essay soll sich Kings ‚Demokratiethorie‘ aus radikaldemokratischer Perspektive angenähert werden. Dabei wird deutlich, wie King einen erweiterten Demokratiebegriff vertrat, Demokratisierung außerdem als wesentlich diskursives und ‚identitätspolitisch‘ fokussiertes Projekt verstand. In seinen Reflexionen über die Rolle von Emotionen in der politischen Praxis lassen sich Parallelen zum Begriff einer (radikal-)demokratischen Ethik ziehen. Dieser spezifisch radikaldemokratische Leseversuch kann – trotz der dezidiert theologischen Fundierung Kings politischen Denkens, welche sich nicht vollständig mit postfundamentalistischen Ansätzen versöhnen lässt – sowohl zu einer weiteren demokratiethoretischen Systematisierung von Kings politischer Philosophie beitragen als auch produktive Anknüpfungspunkte für die demokratiethoretische Debatte ausweisen.

SCHLAGWÖRTER: RADIKALE DEMOKRATIETHEORIE DEMOKRATISCHE ETHIK SOLIDARITÄT
MARTIN LUTHER KING, JR. CIVIL RIGHTS

DEMOCRACY, HEGEMONY, ETHICS – A RADICAL DEMOCRATIC READING OF THE POLITICAL PHILOSOPHY OF MARTIN LUTHER KING, JR.

RICHARD ROSKE (MA)

UNIVERSITÄT WIEN
ROSKE@DNGPS.DE

DAVID WEISS (BA)

GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT
AM MAIN & TU DARMSTADT
DAVID.WEISS@STUD.UNI-
FRANKFURT.DE

ABSTRACT

While Martin Luther King, Jr. is well known as one of the icons of the civil rights-era, his sermons and political speeches and writings have only recently been discovered as productive resources for political theorizing, for instance in debates on democratic theory. In this essay we want to approach Kings 'democratic theory' from a perspective of radical democracy. We will show how King proposed a broadened vision of democracy and how he understood democratization as a project of discursive change, initiated and supported by what is today called 'identity politics'. In his reflections on the role of emotions in political practice we also discover parallels to the concept of (radical) democratic ethics. While Kings deeply theological justification of political action cannot be fully reconciled with a post-foundationalist approach, we hold that a specifically radical democratic reading of his work is able to contribute to a systematization of Kings political philosophy and can also provide interesting thoughts for the debate on democratic theory and practice in general.

KEY WORDS: THEORIES OF RADICAL DEMOCRACY DEMOCRATIC ETHICS SOLIDARITY MARTIN
LUTHER KING, JR. CIVIL RIGHTS

Angesichts seiner tiefen Verwurzelung im christlichen Glauben und der *Black church* der US-Südstaaten, mag es überraschen, Martin Luther King, Jr. (1929-1968) und sein politisches Denken ausgerechnet aus radikaldemokratischer, postfundamentalistisch informierter Perspektive zu diskutieren. Wie wir mit diesem Leseversuch jedoch zeigen wollen, finden sich – auch wenn King sich selbst natürlich nicht als radikaldemokratischen politischen Theoretiker verstand – in seinem Werk, das mehrere Bücher sowie zahllose Reden und Predigten umspannte, etliche Ausführungen zu einer Konzeption der Demokratie. Diese können, erstens, durch eine spezifisch radikaldemokratische Lesart gewinnbringend systematisiert werden und so auch, zweitens, für aktuelle demokratietheoretische Debatten, etwa um die demokratische Inklusion marginalisierter Gruppen unter den Vorzeichen einer zugleich allseits prognostizierten Demokratiekrise, Relevanz entfalten. In den folgenden Kapiteln unterscheiden wir hierfür zwischen verschiedenen Elementen, die auf eine Demokratiekonzeption in Kings Werk verweisen: Demokratie als Lebensform, als Horizont, als diskursives Projekt sowie als ‚Identitätspolitik‘.

FACETTEN EINER DEMOKRATIEKONZEPTION NACH KING

Demokratie als Lebensform: In den 1950er und frühen 1960er Jahren hatte King die Aufhebung der *second-class citizenship* der afro-amerikanischen Bevölkerung durch eine große nationale Gesetzgebungsinitiative immer wieder als *das* zentrale Ziel der ersten Phase der *Civil Rights*-Bewegung ausgegeben (King 1991[1957]: 197-198); die Zeremonie zur Unterzeichnung des *Voting Rights Acts* im Weißen Haus, der er im August 1965 selbst beiwohnte, stellte dann auch den zwischenzeitlichen Höhenpunkt seiner Anstrengungen dar. Doch Kings Vorstellung von politischem Wandel und Demokratisierung erschöpfte sich nicht in einer solchen im engeren Sinne politisch-juridischen Ausweitung der Rechte auf Beteiligung und Repäsentation. Immer wieder sprach er von einem „new sense of destiny and dignity“ und einem „growing self-respect [...] with a new determination to struggle and sacrifice“ (King 1991[1958a]: 468) in einer „once dormant and quiescent Negro community“ (King 1991[1958a]: 430), die nun ‚aufgewacht‘ sei und ihre politischen Rechte einfordere. Damit machte er deutlich, dass die Ausweitung und Vertiefung der Demokratie im politisch-institutionellen Raum zwar einen nicht zu vernachlässigenden Schritt in der Emanzipation der Schwarzen Bevölkerung darstellte und als konkretes Ziel die Bewegung zu einen vermochte, das Erkämpfen dieses Fortschritts gleichwohl aber auch nur als ein Vehikel verstanden werden konnte, um die noch viel fundamentalere Würde und Gleichheit aller Menschen zur Geltung zu bringen. Demokratie war für King in diesem Sinne eine Lebensform, ein gemeinschaftliches Organisationsprinzip und Modus der reziproken Begegnung zwischen politischen Subjekten, welche Gemeinschaften bereits *im* Kampf um politische Partizipation und Repräsentation strukturieren und sich dann auch in politischen Rechten, wie dem *Voting Rights Act*, niederschlagen konnten.

Demokratie als Horizont: King verortete sich explizit innerhalb der US-amerikanischen politischen Tradition, dem, wie er selbst sagte, „dream of our American democracy“ (King 1991[1960]: 150). Scharf kritisierte er die rassistische Geschichte des Landes und die tiefgreifenden

Ungerechtigkeiten der Zeit, doch dies stets rekurrierend auf die ursprünglichen Ideale und den Gründungsmythos der Republik. So schrieb King:

“Ever since the signing of the Declaration of Independence, America has manifested a schizophrenic personality on the question of race. She has been torn between selves – a self in which she has proudly professed democracy and a self in which she has sadly practiced the antithesis of democracy. [...] [S]egregation and discrimination are strange paradoxes in a nation founded on the principle that all men are created equal.” (1991[1958a]: 468)

Diese Konfrontation der politischen Realität des Landes mit den egalitären Idealen der Gründung stellte für King eine wichtige Legitimation im politischen Kampf dar. Während der Schwarzen Bevölkerung in der US-amerikanischen Geschichte stets das Recht auf demokratische Autonomie vorenthalten wurde, sollte es nun gerade an ihr sein, dieses Recht zu realisieren, das Land also näher an seine eigenen Ideale heranzuführen und so vom *Anderen* der amerikanischen politischen Tradition zum eigentlichen *Akteur* von Emanzipation und Fortschritt zu werden.

Mit diesem Motiv klingt an, was in radikaldemokratischen Debatten unter den Stichworten des ‚demokratischen Horizonts‘ (Laclau/Mouffe 1985) oder der ‚Demokratie im Kommen‘ (Derrida 2003) diskutiert wird. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass Demokratie, also die Selbstherrschaft freier und gleicher Bürger*innen, stets im Konflikt mit Kräften des *Status quo*, etwa staatlichen Institutionen oder ökonomischen Eliten, steht, zur gleichen Zeit aber bereits wirken kann, da sie als hegemoniales Ideal irreversibel in die Selbsterzählung der politischen Moderne und damit auch in jene momentan noch arbiträr herrschenden Institutionen und Strukturen eingeschrieben ist. Die unvollendete, aber fortlaufend angestrebte Demokratie wird zur zentralen Ressource immanenter Kritik, welche es erlaubt vor dem Hintergrund einer *de jure* weitgehend demokratischen Gesellschaft die *de facto* rassistische Aufteilung gesellschaftlicher Rechte zu problematisieren. Und gleichzeitig, so hat King in seinen Reflexionen über die Protestbewegungen seiner Zeit verdeutlicht, lassen sich an den Rändern und im Konflikt mit der anti-demokratischen Ordnung bereits demokratische, also reziproke, auf der Würde der einzelnen Individuen basierende Austauschformen einüben.

Diskursive Demokratisierung: Die Vorstellung einer widerständig konstituierten demokratischen Praxis war dann auch leitend in Kings Begründung eines gewaltlosen Widerstands. Eine Legitimation für zivilen Ungehorsam gegen die staatlich abgesicherten Strukturen sozioökonomischer Segregation sah er in der anti-demokratischen Natur der Gesetzgebung der Zeit gegeben (King 1991[1961]: 49; 1991[1963b]: 294). Dass der Ungehorsam und Widerstand gegen diese Ordnung nun aber friedlich sein sollte, lag in Kings strukturell orientierter Auffassung von politischem Wandel und Demokratisierung begründet. King argumentierte, der zivile Ungehorsam sei „directed to forces of evil, rather than persons caught in the forces” (King 1991[1958b]: 87). Seiner Vorstellung nach konnte kein Fortschritt erzielt werden, wenn der politische Gegner als existenzieller Feind, dem nur mit Gewalt zu begegnen war, verstanden wird. Die Bewegung musste im Gegenteil erkennen, dass die politischen Verhältnisse – und damit auch die Gegner*innen in den Institutionen und auf der Straße – Produkt derzeitiger gesellschaftlicher Machtverhältnisse waren. Gewaltloser Widerstand, so King, “does not seek to defeat or humiliate the opponent, but to win his friendship and understanding” (King 1991[1958c]: 18); der zivile

Ungehorsam könne so ein ungerechtes System bekämpfen und zur gleichen Zeit doch der ausführenden Hand dieses System mit Liebe und Freundschaft begegnen (King 1991[1958a]: 483).

Diese Vorstellung eines friedlich herzustellenden systemischen Wandels kann mit dem in der radikalen Demokratietheorie diskutierten Begriff der diskursiven Hegemonie in ein Gespräch gebracht werden. Politische Verhältnisse, so die Annahme hier, müssen strukturell verstanden werden, konstituiert vor allem durch diskursive Artikulation und Formationen. Erst über die Politisierung sozialer, politischer und kultureller Normen, etwa durch den Protest gegen eine rassistische Ordnung, lassen sich dann alternative diskursive Konstruktionen, in denen sich ehemalige Gegner*innen auch wieder als Freie und Gleiche begegnen können, etablieren. Davon abhebend können Kings Anstrengungen als auf einen *diskursiven* Prozess der Demokratisierung gerichtet verstanden werden, seine religiöse Argumentation für Nächstenliebe und diese verwirklichende weltliche Strukturen bilden dabei die Grundlage seines diskursiven Einsatzes.

„Identitätspolitik“ und Demokratisierung: Die diskurstheoretisch zu greifende Begründung des gewaltlosen Widerstands verweist dann noch auf die analoge Debatte um eine gezielt die spezifischen Interessen von Schwarzen Bürger*innen aufgreifende Politik, die sich, nach King, mit dem stets anzustrebenden Ideal einer *post racial-society* zu vertragen habe. Letzteres rief King immer wieder auf, etwa mit seinem Verweis auf eine die gesamte Menschheit umfassende *„beloved community“* (King 1991[1958c]: 87). Doch wie verträgt sich diese ideale Vorstellung von *color-blindness* mit der *„identitätspolitischen“* Forderung nach spezifischen politischen Maßnahmen für die Schwarze Bevölkerung, die King immer wieder aufrief (King 1991[1967])?

In diesem Kontext mag das Konzept des *„strategischen Essentialismus“*, wie es Gayatri Chakravorty Spivak (1990) vorgeschlagen hat, für das Verständnis von Kings Position aufschlussreich sein. Im Lichte einer idealen Theorie strebt King eine *color blind society* an, in den nicht-idealen, realpolitischen Umständen, gekennzeichnet durch das Zusammenspiel von ökonomischer Ungleichheit und strukturellem Rassismus, erscheint es jedoch hilfreich auf die spezifischen Konditionen der Schwarzen Bevölkerung einzugehen und diese auch gesondert zu adressieren. So schlägt King also vor, sich in konkreten politischen Debatten auf der Ebene strategischer Essentialisierungen zu bewegen, ohne dabei jedoch das anzustrebende Ideal und die Aufhebungspotenziale hegemonialer Veränderungen, welche dann noch strategisch affirmierte Identitätskonstruktionen zu transformieren vermögen, aus den Augen zu verlieren. Kings Forderung nach *affirmative action* für die afro-amerikanische Bevölkerung liegt also gerade keine essentialisierende Auffassung von Herkunft, Kultur oder *race* zugrunde, sondern lediglich die Einschätzung, dass in der gegebenen Lage, in der die Schwarze Bevölkerung unter besonderen Diskriminierungsvorzeichen steht, diese auch politisch besonders zu adressieren sei.

KINGS DEMOKRATISCHE ETHIK

Die Frage der Identität im Rahmen politischer Praxis spielte für King generell eine gewichtige Rolle. In einem Interview, das er 1965 mit dem Magazin *Playboy* führte, beschrieb er seine persönliche Identitätsfindung als Prozess konstanter Selbstbefragung und -vergewisserung:

„I subject myself to self-purification and to endless self-analysis; I question and soul-search constantly into myself to be as certain as I can that I am fulfilling the true meaning of my work, that I am maintaining my sense of purpose, that I am holding fast to my ideals, that I am guiding my people in the right direction.“ (King 1991[1965], 376)

Paul C. Taylor, der Kings Haltung in einem Essay als *tragischen moralischen Perfektionismus* beschreibt, weist ebenfalls darauf hin, dass King selbstreflexiven Überlegungen großen Wert beimaß. Als Kern demokratischer Praxis setzte King, so Taylor, auf die Kultivierung eines selbstkritischen Charakters. Diese Selbstkritik müsse bis zu einem Status der Scham und des zeitweisen Selbsthasses, welcher einen Zugang zu den wesentlichen Grundzügen des Charakters eröffnen könne, vorangetrieben werden. Schließlich, so Taylors Lesart, forderte King die bewusste Verortung der Charakterfindung in der politischen Praxis, nahm also an, dass Identität und ein selbstkritischer Charakter überhaupt nur in der politischen Tätigkeit, im Erfahren und ergebnisoffenen Experimentieren, wachsen könnten (Taylor 2018: 41-43).

Die Überlegungen erinnern an das Motiv einer ‚demokratischen Ethik‘ in der radikaldemokratischen Debatte. Oliver Marchart schlägt beispielsweise vor, die demokratische Ethik als Supplement des Politischen in postfundamentalistischen Gesellschaftstheorien zu begreifen (Marchart 2015: 194). Während das Politische ganz auf die hegemoniale Auseinandersetzung abzielt, diese auch vollständig affirmiert und sich als Sphäre des Kampfes präsentiert, soll ein ethisches Moment, so Marchart, das Bewusstsein für die kontingente Natur des politischen und sozialen Raumes schärfen und damit auch den partikularen Status der eigenen politischen Identitäten und Forderungen in Erinnerung rufen (Marchart 2015: 195). Erst dieser ethische, kontingenzbewusste Zusatz macht eine politische Praxis zu einer demokratischen Affäre.

Im Modus der von King dargestellten Reflexion der eigenen Persönlichkeitsmomente könnte sich dann, so der Vorschlag, kontingenten politischen Diskurskonstellationen, die die Identitätsstiftung entscheidend prägen, angenähert werden. Gleichzeitig trägt die politische Praxis, also die Auseinandersetzung mit jenen hegemonialen Konstellationen, auch ganz entscheidend zum konstanten Umbau der persönlichen Identitätsbausteine bei. Dieses Wechselverhältnis zwischen persönlicher Identität und politischer Praxis, das individuelle und kollektive Emanzipation letztendlich untrennbar verbindet, meinte King, wenn er von einer selbstreflexiven, durchaus selbstzweifelnden, aber eben dadurch konstant *politischen* Charakterbildung sprach.

Als hilfreich für den Zugang zu einer reflexiven Identitätskonstruktion betrachtete King vor allem auch das Nachdenken über Emotionen und Gefühle in der politischen Praxis. King, der sich tagtäglich mit der strukturellen Gewalt der rassistischen Segregation konfrontiert sah, betrachtete Emotionen einerseits als folgerichtigen Ausdruck seiner Lage, als notwendiges Merkmal der aktuellen politischen Konstellation und doch wollte er sie zugleich auch als produktives Mittel in der politischen Auseinandersetzung nutzen. Besonders deutlich, so betont auch Martha Nussbaum, machte er die politische Qualität der Emotionen in seiner Unterscheidung von Hass und Wut. Zur Reaktion des Hasses auf die weiße Mehrheit schrieb King in einem Essay: „To meet hate with retaliatory hate would do nothing but intensify the existence of evil in the universe. Hate begets hate; violence begets violence; toughness begets a greater toughness. We must meet the

forces of hate with the power of love [...]” (King 1991[1958c]: 17). Wie bereits hervorgehoben, richtete sich Kings Politik nicht gegen einzelne Personen, Hass, der die politische Konstellation personalisiert und nur noch verschlimmern würde, sei deshalb fehl am Platz.

Neben dem Aufruf zu Liebe und Freundschaft, räumte King allerdings der emotionalen Reaktion der Wut durchaus einen Raum ein. Entgegen dem regressiven Hass könne Wut sich durchaus gegen größere *Strukturen* der Ungerechtigkeit richten, also von einer ablehnenden Reaktion gegen die Handlung Einzelner in eine produktive politische Kraft gegen die hegemonialen Grundlagen der gesellschaftlichen Verhältnisse gewendet werden (Nussbaum 2018:113-114).

RELIGION IM POLITISCHEN DISKURS

Abschließend möchten wir nun noch die im Raum stehende Frage nach der Religion und ihrer unumstritten zentralen Rolle in Kings Philosophie aufgreifen. Der ausgebildete Theologe und baptistische Pastor King fundierte seine zentralen philosophischen und konkreten politischen Überlegungen auch immer theologisch, im Mittelpunkt standen etwa seine Annahme einer gottgegebenen menschlichen Würde (King 1991[1958a]: 434) und der brüderlichen Liebe, begründet durch die Gottesebenbildlichkeit aller Menschen (King 1991[1961]: 46f), welche als Grundsteine etwa für seine Ausführungen zur demokratischen Praxis, zum zivilen Ungehorsam oder zur individuellen Charakterbildungen fungierten. Diese religiösen Motive im Zentrum von Kings Philosophie machen es unmöglich, von King als einem genuin postfundamentalistischen Denker zu sprechen. Und klar ist damit auch, dass die spezifisch radikaldemokratische Lesart Kings eher explorativ-heuristischen Charakter haben kann. In Kings Schriften, so ließe sich daran anknüpfend sagen, finden sich Elemente einer Demokratiekonzeption, die er selbst wesentlich mit seinem Glauben, also vor-politischen Überzeugungen begründete, welche jedoch mithilfe radikaldemokratischen Vokabulars besonders fruchtbar zu machen sind, nach einer Exploration in systematisierender Absicht also demokratietheoretisch wertvoll werden können. Außerdem lädt die Auseinandersetzung mit seinem Werk grundsätzlich dazu ein, die Rolle religiöser Positionen in politischen Diskursen aus spezifisch radikaldemokratischer Perspektive zu reflektieren. Mit dieser Anregung und ersten andeutenden Ideen zur dieser Frage möchten wir nun auch schließen.

Dem ‚Problem‘ kann sich dabei zweifach angenähert werden. Einerseits liegt es nahe, die vorbehaltlose Inklusion aller Identitäten und Artikulationen, also auch religiöser Positionen, in die politische Arena einzufordern, alles andere wäre selbst eine (vermeintlich) vor-politische Vorentscheidung, die radikaldemokratischen Theoretiker*innen verschlossen bleiben muss. Gleichzeitig präsentiert sich einem postfundamentalistisch informierten radikaldemokratischen Ansatz, wie wir ihn hier verfolgt haben, das demokratische Minimum der *demokratischen Ethik*. Die Reflexion der Kontingenz und Partikularität eigener politischer Positionen gesellt sich zum hegemonialen Kampf des Politischen hinzu und ist notwendige Bedingung für demokratische Diskurse, da sich ausschließlich im Zuge dieser Bewegung ein Moment des Gemeinsamen, ein universalisierbares demokratisches Minimum konstituiert. Vor diesem Hintergrund sind die religiösen Fundierungen Kings politischer Philosophie als Identitätsbausteine und Elemente einer politischen Praxis mit Recht auf Artikulation und Repräsentation im demokratischen Diskurs ernst

zu nehmen – und doch auch, aufgrund ihrer letztlich vor-politischen Voraussetzungen, für eine post-fundamentalistische Konzeption der Demokratie ‚all the way down‘ nur bedingt anschlussfähig.

Und dennoch, die zahlreichen durch eine radikaldemokratische Lesart herausgestellten, hier nur angedeuteten Elemente von Kings ‚Demokratietheorie‘ (*Lebensform, Horizont, Diskurs* und *Identitätspolitik*) sowie seine Reflexionen auf eine inhärent politische Identitätsbildung, die gerade in der Reflexion von Emotionen, politische, potenziell emanzipatorische Kraft entwickeln kann; all diese Facetten in Kings Werk liefern produktive Ansätze für heutige demokratiethoretische Debatten. Und besonders auch in der Betrachtung von Kings Biographie, in der Theorie und Praxis stets eng vermittelt waren, lassen sich fruchtbare Anknüpfungspunkte für eine demokratische Praxis identifizieren, auch und gerade, wenn die Zeichen der Zeit auf anti-demokratische Verfestigungen hindeuten.

LITERATUR

- Derrida, Jacques (2003): *Schurken: zwei Essays über die Vernunft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- King, Jr., Martin Luther (1991[1967]): *Where Do We Go From Here: Chaos or Community?* In: James M. Washington (Hg.), *A Testament of Hope. The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr.* New York: HarperCollins Publishers, 555-633.
- King, Jr., Martin Luther (1991[1965]): *Playboy Interview: Martin Luther King, Jr.* In: James M. Washington (Hg.), *A Testament of Hope. The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr.* New York: HarperCollins Publishers, 340-377.
- King, Jr., Martin Luther (1991[1963a]): *I Have A Dream*. In: James M. Washington (Hg.), *A Testament of Hope. The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr.* New York: HarperCollins Publishers, 217-220.
- King, Jr., Martin Luther (1991[1963b]): *Letter From Birmingham Jail*. In: James M. Washington (Hg.), *A Testament of Hope. The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr.* Washington. New York: HarperCollins Publishers, 289-302.
- King, Jr., Martin Luther (1991[1961]): *Love, Law, and Civil Disobedience*. In: James M. Washington (Hg.), *A Testament of Hope. The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr.* New York: HarperCollins Publishers, 43-53.
- King, Jr., Martin Luther (1991[1960]): *The Rising Tide of Racial Consciousness*. In: James M. Washington (Hg.), *A Testament of Hope. The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr.* New York: HarperCollins Publishers, 145-151.
- King, Jr., Martin Luther (1991[1958a]): *Stride Toward Freedom*. In: James M. Washington (Hg.), *A Testament of Hope. The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr.* New York: HarperCollins Publishers, 417-490.
- King, Jr., Martin Luther (1991[1958b]): *The Current Crisis in Race Relations*. In: James M. Washington (Hg.), *A Testament of Hope. The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr.* New York: HarperCollins Publishers, 85-90.
- King, Jr., Martin Luther (1991[1958c]): *An Experiment in Love*. In: James M. Washington (Hg.), *A Testament of Hope. The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr.*, hg. von James M. Washington. New York: HarperCollins Publishers, 16-20.
- King, Jr., Martin Luther (1991[1957]): *Give Us the Ballot - We Will Transform the South*. In: James M. Washington (Hg.), *A Testament of Hope. The Essential Writings and Speeches of Martin Luther King, Jr.* New York: HarperCollins Publishers, 197-200.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards A Radical Democratic Politics*. New York: Verso Books.
- Marchart, Oliver (2015): *The Political, the Ethical, the Global: Towards a Post-foundational Theory of Cosmopolitan Democracy*. In: Caraus, Tamara/Paris, Elena (Hg.), *Re-grounding Cosmopolitanism. Towards a Post-Foundational Cosmopolitanism*. New York: Routledge, 181-202.
- Nussbaum, Martha (2018): *From Anger to Love: Self-Purification and Political Resistance*. In: Shelby, Tommie/Terry, Brandon M. (Hg.), *To Shape a New World. Essays on the Political Philosophy of Martin Luther King, Jr.* Harvard: Harvard University Press, 105-126.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1990): *The Post-Colonial Critic: Interviews, Strategies, Dialogues*. New York: Routledge.

Taylor, Paul C. (2018): Moral Perfectionism. In: Shelby, Tommie/Terry, Brandon M. (Hg.), To Shape a New World. Essays on the Political Philosophy of Martin Luther King, Jr. Harvard: Harvard University Press, 35-57.

***ALL POWER TO THE PEOPLE* HUEY P. NEWTON UND DIE RADIKALE DEMOKRATIE**

PAUL N. SCHIERLE (BA)

UNIVERSITÄT WIEN

P.SCHIERLE@POSTEO.DE

ZUSAMMENFASSUNG

Huey P. Newton war der zentrale Vordenker der *Black Panther Party* und hat ein reichhaltiges, zu Unrecht beinahe vergessenes theoretisches Werk hinterlassen. Dieser Beitrag argumentiert dafür, seine politische Philosophie, seine Verzahnung von Theorie und Praxis und seine historische Rolle als Material anzuerkennen, das substanzielle Beiträge zu verschiedenen Debatten innerhalb der radikalen Demokratietheorie liefern kann. Dazu werden Newtons grundsätzliches Politikverständnis, seine Zeitdiagnose und sein politisches Programm im Angesicht dieser Diagnose vorgestellt und mit radikaldemokratischen Konzepten sowie politischen Visionen Chantal Mouffes in Verbindung gebracht.

KEY WORDS: **HUEY P. NEWTON** **BLACK PANTHER PARTY** **RADIKALE DEMOKRATIE** **CHANTAL MOUFFE**

ALL POWER TO THE PEOPLE. HUEY P. NEWTON AND RADICAL DEMOCRACY

PAUL N. SCHIERLE (BA)

UNIVERSITÄT WIEN

P.SCHIERLE@POSTEO.DE

ABSTRACT

Huey P. Newton was the main theoretician of the *Black Panther Party* and produced an extensive but, unjustly, almost forgotten theoretical corpus. This essay argues that Newton's political philosophy, the interconnectedness of his theory and practice and his historical role can make substantial contributions to certain debates within the theory of radical democracy. To do so, Newton's general understanding of the political process, the diagnosis of his times, and his political program concerning this diagnosis will be introduced and connected to the radical democratic concepts and political visions of Chantal Mouffe.

KEY WORDS: **HUEY P. NEWTON** **BLACK PANTHER PARTY** **RADICAL DEMOCRACY** **CHANTAL
MOUFFE**

EINLEITUNG: HUEY P. NEWTON UND SEIN BEGRIFF DER MACHT

Dieser Beitrag setzt sich zum Ziel, das - vor allem im deutschsprachigen Raum - größtenteils verschüttete politiktheoretische Erbe Huey P. Newtons freizulegen und in einen Zusammenhang mit radikaldemokratischen Denkweisen zu stellen. Newton, der der zentrale Vordenker der Black Panther Party war, hat ein interessantes, für aktuelle Debatten anschlussfähiges Werk hinterlassen, das hier mittels eines Vergleichs mit Begriffen Chantal Mouffes unter radikaldemokratischen Gesichtspunkten aufgearbeitet werden soll.⁸

Der Beitrag geht der Anschaulichkeit halber vom Panther-Slogan All Power to the People aus, um Newtons Weltansicht darzustellen. Wie den meisten politischen Parolen liegt auch dieser eine fundierte Theorie der politischen Realität und eine Praxis zur Verbesserung der in dieser Realität herrschenden Zustände zugrunde (siehe Newton 2009: 162-164).

Beginnen werde ich meine Darstellung mit dem Element der Macht (Power) und ihrer Funktion im politischen Prozess. Anders als für liberale Theoretiker*innen wie Locke tritt der Mensch für Newton nicht unabhängig in die Welt und in die politische Sphäre, sondern wird in konkrete Bedingungen geworfen, von deren Restriktionen er sich durch die Erlangung von Macht zu befreien sucht (Jeffries 2006: 42). Die Unfreiheit der konkreten Umstände ist ebenfalls ein Effekt von Macht, was auf ihren Doppelcharakter bei Newton verweist: Freiheit und Selbstbestimmung werden durch Macht über die eigenen Lebensumstände ermöglicht (siehe Newton 1980: 147), Macht über andere oder eine in Strukturen verteilte Macht, die die Lebensumstände anderer (teil)bestimmt, konstituieren einen Zustand der Unterdrückung, der aus einer illegitimen Enteignung von Macht resultiert: „All power comes from the people, and all power must ultimately be vested in them. Anything else is theft“ (Newton 2009: 163). Aus dieser Analyse ergibt sich die Maxime der Herbeiführung eines Zustands, in dem jede Form dieser Fremdbestimmung gänzlich durch eine Kontrolle der Institutionen einer Gemeinschaft durch jene, die sie betreffen, ersetzt wird – eines Zustands der demokratischen Selbstregierung (siehe Newton 1980: 147; Newton 2002: 172).

Dabei ist Demokratie bei Newton kontinuierlich; sie ist nicht erst möglich, wenn ein von Verzerrungen befreiter Raum hergestellt ist, die Möglichkeiten demokratischer Ausübung von Macht wachsen durch die bereits demokratische und kommunikative Praxis der politischen Selbstermächtigung (siehe Hughey 2005). Der Kampf um demokratische Zustände, um Bedingungen, die einen Raum gleichrangigen demokratischen Diskurses eröffnen (Hughey 2005: 653), hängt daher mit der Abschaffung von Unterdrückungsverhältnissen beziehungsweise Verzerrungen des politischen Aushandlungsprozesses und damit auch mit der Kontrolle der Quellen und Manifestationen der Macht (z.B. Produktionsmittel, Medien etc.) zusammen.

⁸ Newton in Verbindung mit der Radikaldemokratie zu stellen, soll nicht dazu dienen, ihn in ihr aufgehen zu lassen. Die lange und vielfältige Geschichte seines Denkens enthält radikaldemokratisch anmutende Passagen ebenso wie Aussagen und Texte, die man einer solchen Deutung entgegenstellen könnte. Es soll nicht behauptet werden, dass Newton *eigentlich* Radikaldemokrat war, sondern, dass die radikale Demokratietheorie Gewinn aus seinen Schriften und seinem lebendigen Beispiel ziehen kann.

CHANTAL MOUFFE: MACHT UND ANTAGONISMUS

Was Mouffe zuerst für einen Vergleich mit Newton kompatibel macht, ist ihre Vorstellung der Macht der bestehenden Verhältnisse als etwas, was die Bedingungen des politischen Diskurses konkret strukturiert. Eine abstrakte politische Arena, in die laut einigen Vertreter*innen der liberalen Demokratietheorie alle Subjekte ohne Einflüsse von Macht oder Antagonismus und als Gleiche in rationale Verhandlungen treten können, gibt es für Mouffe (2015: 43; 2000: 33) nicht.⁹ Macht und Antagonismus sind für sie unauslöschlich vorhandene Elemente demokratischer Politik, sie konstituieren soziale Objektivität, bringen also die Verhältnisse und als deren Effekt die kollektiven Identitäten hervor, von denen geprägt die Konfliktparteien in den Aushandlungsprozess treten (Mouffe 2000: 21/101).

Weil diese demokratischen Aushandlungen notwendigerweise auf einem „machtverformten Terrain, das durch Ein- und Ausschlüsse sowie Macht- und Herrschaftsasymmetrien geprägt ist“ (Marchart 2019: 374) stattfinden, besteht Mouffe (2000: 22) darauf, dieses Terrain demokratisch zu strukturieren, also demokratische Formen der Macht und des Ein- und Ausschlusses zu schaffen sowie bestehende Verhältnisse zu verändern, insofern sie undemokratisch sind. Ein zentraler Punkt ist für Mouffe (2013: 5-9) die Ermöglichung eines auf Dauer gestellten pluralistischen Diskurses, in dem sich die einander gegenüberstehenden Parteien nicht als Feinde, sondern als legitime Gegner betrachten, die ihre Interessen gegen den politischen Gegner durchsetzen, ohne ihn vernichten zu wollen – sie fordert, antagonistische in agonistische Auseinandersetzungen umzuwandeln.

Newton denkt den politischen Prozess ähnlich, zielt aber auf die Nivellierung des politischen Feldes und die Abschaffung politischer Identitäten ab, auch wenn er die Abschaffung der Identitäten nicht als Ende der Politik begreift – ein Ende der Widersprüche gibt es nicht, die Beteiligten müssen aber als konkret Gleiche in den demokratischen Prozess treten, in dem diese Widersprüche bearbeitet werden (Newton 2004: 56; Rodriguez 2006: 136). Diese Nivellierung als Ziel (die ökonomische Bedingungen ebenso thematisiert wie rassistische und sexistische Diskriminierung) bedeutet die Ableitbarkeit einer konkreten politischen Praxis, abhängig von den politischen Umständen der Betroffenen.¹⁰

HEGEMONIE UND GEGENHEGEMONIE

Mouffe (2000: 101) unterscheidet zwischen *dem Politischen*, der grundsätzlichen, unauslöschlichen Existenz von Antagonismen in Gesellschaften und *der Politik*, der konkreten Organisation der Kräfte, die sich durch Institutionen, Identitäten, Gruppen, Parteien etc. vollzieht. Während sie den demokratischen Streit nicht beilegen, den Antagonismus nicht auslöschen

9 Auch wenn Mouffe sich selbst immer wieder an liberalen Denker*innen und den Grenzen der liberalen Denkweise abarbeitet, ist sie jedoch trotzdem auch selbst in dieser Tradition zu verorten (1993; 2000).

10 Durch seine konsequente Praxisanbindung könnte man Newton auch als Teil einer Antwort auf die von Süß (2019) an der Radikaldemokratie vorgebrachten Kritik in Erwägung ziehen, die Disziplin sei zu praxisfern.

möchte, schwebt ihr doch eine bestimmte Organisation der Kräfte innerhalb *der Politik* vor, die sie (z.B. 2018) mit ihren Schriften verlangt und unterstützt. Weil politische Machtverhältnisse für Mouffe durch *Hegemonien* – politische Konstellationen, die die zu einer Zeit herrschende Ordnung und vorherrschende Meinung konstituieren – ausgestaltet werden und weil sie die bestehende neoliberale Hegemonie immer wieder scharf kritisiert, spricht sie sich für ein gegenhegemoniales Projekt aus, das den neoliberalen Konsens zugunsten einer radikal demokratischen Alternative stürzt (Mouffe 2013: 127). Für die Errichtung einer solchen Gegenhegemonie braucht es einen *Kontrahenten*, der dazu dient, eine Bruchlinie zwischen „uns“ und „denen“ zu ziehen (Mouffe 2018: 75) und über diesen die diskursive Schaffung eines nicht-essenziellen *Volkes*, das durch *Äquivalenzketten* unterschiedlicher Akteure verschiedenartige Forderungen in einem gemeinsamen Projekt vereint (Mouffe 2018: 71-77).

REAKTIONÄRER UND REVOLUTIONÄRER INTERKOMMUNALISMUS

Der Versuch, die rassistische Unterdrückung, staatliche Gewalt und ökonomische Überausbeutung der Schwarzen Bevölkerung in den Vereinigten Staaten durch die Gründung einer eigenen Nation zu lösen, der die frühen politischen Kämpfe der Partei bestimmte (siehe Newton 1980: 141-146), musste nach Newtons späteren Analysen scheitern, weil die Voraussetzungen für demokratische Selbstregierung auf nationaler Ebene nicht mehr vorhanden waren (Newton 2018: 11-13).¹¹ Der Grund hierfür lag in den Entwicklungen, die Newton als *reaktionären Interkommunalismus* bezeichnete: Aufgrund der ökonomischen, kulturellen und politischen Dominanz der USA, der Ausbreitung von Kommunikationstechnologien, Veränderungen in der kulturellen- und Medienproduktion sowie durch eine fortschreitende Automatisierung der Arbeit bildete sich ein Netzwerk aus lokal regierten *Communities*, deren politische Gestaltung durch den das Netzwerk determinierenden kapitalistischen Ausbeutungszusammenhang bestimmt wurde (Vazquez 2018).

Newton (2018) sah, dass die Überwindung des nationalstaatlichen Rahmens, die globale Vernetzung lokaler Verwaltungseinheiten und die exzessive Produktivität der automatisierten Produktion den Grundstein für eine endgültige Überwindung der Fremdherrschaft und für eine demokratische, egalitäre Konföderation selbstverwalteter Communities legte – einen Zustand, den er als *revolutionären Interkommunalismus* bezeichnete und der die gegebene technologische Konfiguration durch die Umverteilung der Macht demokratisch wenden würde: „Revolutionary intercommunalism will exist when power is distributed on an intercommunal level and each community of the world has control of its own institutions“ (Erikson/Newton 1972: 143).

THEORIE DER IDENTITÄT/ PRAXIS DER ALLIANZ

Man kann den reaktionären und revolutionären Interkommunalismus als Newtonische Version globalisierter Hegemonie und Gegenhegemonie, die Ausformulierung eines imperialistischen

¹¹ Für einen Überblick über die Phasen seines Denkens siehe Rodriguez 2006; Jeffries 2006: 62-82.

Gegners und die Bildung einer breiten Allianz mit dem Ziel der emanzipatorischen Wendung der Bedingungen der Globalisierung lesen (Narayan 2019; 2020). Es gibt deutliche Ähnlichkeiten zu den Begriffen Mouffes, besonders interessant ist aber ein Aspekt, in dem Newton über Mouffe hinausgeht: Die breiten Bündnisse (beispielhaft hierfür ist die berühmte *Rainbow Coalition* [siehe Middlebrook 2019]), die die Panther im Herbst ihres Bestehens eingehen konnten und die von moderaten Sozialdemokrat*innen bis zu militanten, bewaffneten Revolutionären reichten (Vernon 2014: 11-12), die aufkommenden Frauen- und Homosexuellenbewegung einbezogen (Rodriguez 2006: 132), einen starken internationalistischen Einschlag hatten (Rodriguez 2006) und ein entscheidender Grund für die große politische Reichweite und Effektivität der Partei waren (Vernon 2014: 11-12), wurden meiner Meinung nach durch den speziellen Identitätsdualismus von *Unterdrückenden* und *Unterdrückten* ermöglicht, den Newton vor dem Hintergrund des reaktionären Interkommunalismus entwickelte. Die Ein- und Ausschlüsse, die das politische Feld verzerren und die bei Mouffe unauslöschlich vorhanden und daher demokratisch herzustellen sind, wurden bei Newton zugunsten eines strategischen Ausschlusses aufgelöst, der wiederum auf die Nivellierung des politischen Feldes und ein Ende der Ein- und Ausschlüsse, anhand derer sich die Verzerrung manifestiert, abzielt. Dadurch, dass der Antagonismus zwischen Unterdrückern und Unterdrückten nicht essenzialistisch ist, bietet er eine strategische Strukturkategorie, an der man sich zum Zweck der Nivellierung des politischen Feldes orientieren kann, ohne dass die dafür geschaffene Identität in eine neue Herrschaftsstruktur gerinnt. Die Linien der Macht und des Konfliktes werden neu gezogen, wodurch sich einerseits eine emanzipatorische Gesamtidentität ergibt und andererseits die Machtasymmetrien, durch die die in die Allianz eintretenden Gruppen geprägt sind, abgebaut werden können. *The People* bezeichnet also nicht eine abgeschlossene Gruppe, der die Macht übertragen werden soll, sondern eine Gleichverteilung der Macht auf Basis der geteilten Menschlichkeit.

SCHLUSS

Ich hoffe, dass dieser kurze Einblick in das Denken Huey P. Newtons und die Vergleiche mit radikaler Demokratietheorie dazu anregen können, Newton als jemanden zu betrachten, dessen Ideen die radikale Demokratietheorie bereichern können und dessen politikphilosophisches Erbe sich zu bergen lohnt. Der Vergleich mit Chantal Mouffe zeigt, dass eine Beschäftigung mit Newton nicht nur möglich, sondern wichtig wäre, um zu Antworten auf drängende Fragen der Gegenwart beizutragen. *All Power to the People* ist eine hochaktuelle Forderung und in diesem Artikel sollte deutlich geworden sein, worin ihre Bedeutung besteht: Sie verlangt Selbstbestimmung, eine Nivellierung des politischen Feldes, radikale politische und materielle Gleichheit, lokale Demokratie, einen Zusammenschluss gegen die herrschende Hegemonie; sie ermöglicht jederzeit und aus jeder Position heraus die Ableitung konkreter politischer Handlungen zur stückweisen Erreichung dieser Ziele und beinhaltet die Möglichkeit, breite, schlagkräftige Allianzen zu formen, die diese Ziele auch tatsächlich erreichen können.

LITERATUR

- Erikson, Erik H./Newton, Huey P. (1972): *In Search of Common Ground*. New York: Norton.
- Hughey, Matthew W. (2005): The Sociology, Pedagogy and Theology of Huey P. Newton: Toward a Radical Democratic Utopia. In: *The Western Journal of Black Studies*, 29 (3), 639- 655.
- Jeffries, Judson L. (2006): *Huey P. Newton: The Radical Theorist*. Jackson: University Press of Mississippi.
- Marchart, Oliver (2019): 44. Chantal Mouffe. In: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.), *Radikale Demokratietheorie*. Berlin: Suhrkamp, 372-378.
- Middlebrook, Jeb A. (2019): Organizing a Rainbow Coalition of Revolutionary Solidarity. In: *Journal of African American Studies*, 23 (4), 405-434.
- Mouffe, Chantal (2018): *Für einen linken Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2015): Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft. In: Nonhoff, Martin (Hg.), *Diskurs - radikale Demokratie – Hegemonie*. Bielefeld: transcript, 41-54.
- Mouffe, Chantal (2013): *Agonistics. Thinking the World Politically*. London: Verso.
- Mouffe, Chantal (2000): *The Democratic Paradox*. London: Verso.
- Mouffe, Chantal (1993): *The Return of the Political*. London: Verso.
- Narayan, John (2019): Huey P. Newton's Intercommunalism: An Unacknowledged Theory of Empire. In: *Theory, Culture & Society*, 36 (3), 57-85.
- Narayan, John (2020): Survival pending revolution: Self-determination in the age of proto- neo-liberal globalization. In: *Current Sociology Monograph*, 68 (2), 187-203.
- Newton, Huey P. (2018): *Intercommunalism*. Viewpoint Magazine.
- Newton, Huey P. (2009): *Revolutionary Suicide*. London/New York: Penguin Books.
- Newton, Huey P. (2004): *Revolutionary Intercommunalism*. In: Gdala, Amy (Hg.), *Revolutionary Intercommunalism and the Right of Nations to Self-Determination*. Newtown: Superscript.
- Newton, Huey P. (2002): Speech delivered at Boston College. In: Hilliard, David/Weise, Donald (Hg.), *The Huey P. Newton Reader*. New York: Seven Stories Press, 160-175.
- Newton, Huey P. (1980): *War against the Panthers. A Study of Repression in America*. Ann Arbour: Proquest Dissertation Publishing.
- Rodriguez, Besenia (2006): "Long Live Third World Unity! Long Live Internationalism". Huey P. Newton's Revolutionary Intercommunalism. In: *Souls*, 8 (3), 119-141.
- Süß, Rahel S. (2019): Theorie und Praxis. In: Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hg.), *Radikale Demokratietheorie*. Berlin: Suhrkamp, 793-807.
- Vasquez, Delio (2018): *Intercommunalism: The Late Theorizations of Huey P. Newton, 'Chief Theoretician' of the Black Panther Party*. Viewpoint Magazine.
- Vernon, Jim (2014): 'I Am We': The Dialectics of Political Will in Huey P. Newton and the Black Panther Party. In: *Theory & Event*, 17 (4), S.N.A.

DAS DEMOKRATISCHE RECHT SICH GEGEN ABSCHIEBUNGEN ZU WEHREN

VALERIE SCHEIBENPFLUG (MA)

UNIVERSITÄT WIEN

VALERIE.SCHEIBENPFLUG@UNIVIE.AC.AT

ZUSAMMENFASSUNG

Im folgenden Beitrag wird mit Bezug auf den Philosophen Étienne Balibar ein Argument für ein demokratisches Recht entwickelt, sich gegen Abschiebungen zu wehren. Folgt man den Implikationen von Gleichfreiheit und der Unterscheidung zwischen konstituierter und konstituierender Macht, stößt man auf die Wurzel radikaler Demokratie – auf einen *Demos*, der unbestimmt bleibt und sich zwischen Verfassung und Aufstand konstituiert. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass die sedimentierten Formen von Volkssouveränität, wie Rechtsnormen und Wahl, nicht die einzigen Instrumente zur Konstitution von Volkssouveränität darstellen. Anhand der Suffragetten-Bewegung soll gezeigt werden, dass Aufstand und Protest in der Geschichte der Volkssouveränität eine entscheidende Rolle gespielt haben und auch heute Ausdrücke der konstituierenden Prozesse demokratischer Selbstregierung darstellen.

KEY WORDS: RADIKALE DEMOKRATIETHEORIE KONSTITUIERTE UND KONSTITUIERENDE MACHT

BALIBAR ABSCHIEBUNGEN FRAUEN-WAHLRECHT VOLKSSOUVERÄNITÄT

THE DEMOCRATIC RIGHT TO RESIST DEPORTATION

VALERIE SCHEIBENPFLUG (MA)

UNIVERSITÄT WIEN

VALERIE.SCHEIBENPFLUG@UNIVIE.AC.AT

ABSTRACT

The following article develops an argument for a democratic right to resist deportation with reference to the philosopher Étienne Balibar. Following the radical implications of equaliberty and the distinction between constituted and constituent power, one encounters the root of radical democracy – a *demos* that remains indeterminate and is constituted between constitution and insurrection. In the following, I will show that sedimented forms of popular sovereignty, such as legal norms and elections, are not the only instruments for constituting popular sovereignty. The suffragette movement will be used to show that insurrection and protest have played a crucial role in the history of popular sovereignty and continue to be expressions of the constituent processes of democratic self-government today.

KEY WORDS: RADICAL DEMOCRATIC THEORY CONSTITUENT AND CONSTITUTED POWER BALIBAR
DEPORTATIONS WOMEN'S SUFFRAGE POPULAR SOVEREIGNTY

In liberal-demokratischen Staaten werden politische Entscheidungen auf Grundlage rechtsstaatlicher Prinzipien getroffen. In Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip steht auch der Gleichheitssatz (Pöschl 2008: 739), wie er etwa im Artikel 7 des österreichischen Bundes-Verfassungsgesetzes verankert ist: „Vor dem Gesetze sind alle Staatsbürger gleich.“ (Art 7 B-VG BGBl 1930/1) Niemand sollte aufgrund persönlicher Merkmale, Herkunft oder Geschlecht vom Gesetz benachteiligt oder auch bevorteilt werden. Der Gleichheitsgrundsatz besagt auch: Niemand darf sich das Recht herausnehmen, sich über das Gesetz zu stellen. Er verbietet es einzelnen Richter*innen, Politiker*innen, Einzelpersonen oder Gruppen, beschlossenes Recht oder die rechtliche Regelung der Prozeduren zu ihrer Durchsetzung aufgrund von partikularen Erwägungen und Interessen zu ignorieren. Über die Rolle des Gleichheitssatzes wurde im Zuge der Abschiebung der zwölfjährigen Tina von Österreich nach Georgien Ende Jänner 2021 diskutiert. Die Weigerung abgeschoben zu werden und die darauffolgende zwangsweise Außerlandesbringung von Tina hatte in der Nacht der Abschiebung zu zahlreichen Solidarisierungsprotesten geführt. Die Aktivist*innen stellten sich einem Großaufgebot an Polizist*innen und Polizeihunden entgegen, um die Abschiebung mittels Blockaden zu verhindern. Innerhalb der Debatten rund um Tinas Abschiebung wurde immer wieder auf den Gleichheitssatz und das Rechtsstaatsprinzip verwiesen, um die Legitimität von Abschiebungen zu begründen. Die Verweigerung freiwillig das Land zu verlassen als auch die Proteste gegen die Abschiebung wurden als Angriff auf den demokratischen Rechtsstaat gewertet. So würde eine Minderheit ihre partikularen Interessen gegen die Interessen des Gesetzes stellen, die doch im Interesse *aller* stehen.

Die österreichische Verfassungsministerin Karoline Edtstadler beispielsweise hatte Legitimität der Abschiebung mit einem Verweis auf den Rechtsstaat begründet: "Österreich ist ein Rechtsstaat. Höchstgerichtliche Urteile sind anzuerkennen und umzusetzen. Die Politik hat dem Recht zu folgen und nicht umgekehrt." (Die Presse/APA 2021) An einer anderen Stelle betonte Edtstadler, dass sie als Juristin der Meinung sei, dass das „Recht vom Volk“ ausginge und dass Anpassungen in Gesetzen zwar von der Politik gemacht werden, dass es aber eine Verfassung gebe, an die sich auch die Politik halten müsste (Die Presse/APA 2019). Auch der damals zuständige Innenminister Karl Nehammer, der der Abschiebung der minderjährigen Tina zustimmen konnte (aber nicht musste), argumentierte in einem Fernsehinterview, dass er die Erlaubnis für die Abschiebung wahrgenommen hätte, da sie vorher von weisungsfreien und unabhängigen Gerichten genehmigt wurde (siehe: ZIB 2/ORF 2021). In informellen Debatten wurde der Verweis auf den Rechtsstaat in abgewandelter Form wiederholt: *Die Entscheidung zur Durchführung der Abschiebung erfolgte im Rahmen demokratischer Prozeduren durch die Genehmigung eines durch Wahlen legitimierten Volksvertreters. Die Abschiebungsverweigerungen und die Proteste gegen die Abschiebungen hingegen missachten den Rechtsstaat und die demokratische legitimierte rechtliche Prozedur. Würde man Tina und ihrer Familie das Recht zusprechen, sich gegen ihre Abschiebung zu wehren, müsste man es allen zusprechen. Das würde der politischen Willkür Tür und Tore öffnen. Es könnte sich jede/r über das Gesetz*

stellen, wenn es ihr/ihm gerade passt. Wer nähme dann noch den demokratischen Rechtsstaat ernst, der die Gleichheit aller vor dem Gesetz garantiert?

Was passiert jedoch, wenn man das Moment des Demokratischen innerhalb der Rechtsordnung betont? Wenn man den Gleichheitssatz unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten betrachtet, erhält dieser deswegen seine Gültigkeit, weil er wie die Rechtsordnung insgesamt einen Ausdruck sedimentierter Formen demokratischer Selbstregierung darstellt. Die Unterwerfung aller unter ein Gesetz ist deswegen demokratisch legitimiert, weil das Gewaltenmonopol, dass das Gesetz über den Einzelnen hält, gleichzeitig Gewalt und Gesetzgebung aller ist. Im Artikel 1 des österreichischen Bundesverfassungsgesetzes ist das Prinzip der Volkssouveränität folgendermaßen verankert: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ (Art 1 B-VG BGBl 1930/1). Das Prinzip der Volkssouveränität, sowie die Formulierung des Gleichheitssatzes, können als sedimentierte Rechtsnormen im Sinne eines Ausdrucks demokratischer Selbstregierung verstanden werden. Ein anderes Moment zur Artikulation demokratischer Selbstregierung ist die Wahl der Volksvertretung, die es ermöglichen soll, den Willen des Volks zum Ausdruck zu bringen. Balibar folgend möchte ich anhand eines historischen Beispiels demokratischer Selbstregierung zwei verbreitete Überzeugungen zurückweisen: Nämlich, dass der Demos als eine Gemeinschaft von Freien und Gleichen mit den wahlberechtigten Mitgliedern einer Rechtsgemeinschaft auf einem territorial abgrenzbaren Hoheitsgebiet zusammenfällt und dass das demokratische Recht (das Recht auf Politik) dieser Rechtsgemeinschaft vorbehalten sei. Wohingegen die Vorstellung eines Demos, gebunden durch bereits konstituierte Formen demokratischer Selbstregierung (in der Form der Staatsbürgerschaft), weit verbreitet ist, werden Aufstand und Protest, die sich der Staatsgewalt widersetzen – wie bei der Abschiebung gegen Tina – manchmal als Politikformen begriffen, die demokratische Konstitutionsprozesse abschwächen. In diesem Aufsatz hingegen soll argumentiert werden, dass Aufstand und Protest eine entscheidende Rolle für die konstituierenden Prozesse demokratischer Selbstregierung spielen.

POUVOIR CONSTITUANT UND POUVOIR CONSTITUÉ

Folgt man dem französischen Philosophen Étienne Balibar lassen sich wesentliche Ursprünge der Idee demokratischer Selbstregierung auf das revolutionäre Moment der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 zurückführen. Balibars Lesart zeichnet sich durch die Annahme aus, dass die Erklärung – ihrer Idee nach – keine Unterscheidung zwischen Menschen und Bürger*innen aufweist, in dem Sinne zweier verschiedener Gruppen, denen unterschiedliche Rechte zukommen:

„Reread the Declaration and you will see that between the ‚rights of man‘ and the ‚rights of citizen‘ there is in fact no gap, no difference in content: they are exactly the same. [...] Indeed it will soon be reproached for this fact, leading quickly to the dissociation in one way or another of man and citizen, ‚rights of man‘

and ‚rights of citizen‘, whereas we find here the confirmation of their coincidence in the revolutionary moment, from which the act of enunciation the (‚declaration‘) is indissociable.“ (Balibar 1994: 44).

An einer anderen Stelle wiederholt Balibar (2012: 87): „Eine nochmalige Lektüre der Déclaration erweist unzweideutig: Zwischen ‚Menschenrechten‘ und ‚Bürgerrechten‘ besteht in Wirklichkeit keinerlei Kluft, keinerlei inhaltlicher Unterschied – es sind genau dieselben.“ Laut Balibar (2012: 87) kommt es in der Revolution zu einer Identifizierung von Menschen und Bürgern, die aber immer schon einen konflikthaften Keim in sich trägt. „Gewiss beinhaltet die Dualität der Begriffe ‚Mensch‘ und ‚Bürger‘ die Möglichkeit ihrer Dissoziierung – wir werden die Auswirkungen sehen.“ Für Balibar (2012: 89) wird also einerseits im „Moment der Revolution, [der] mit dem Akt des Formulierens (*déclaration*) unlösbar verbunden ist, ihr koinzidieren bekräftigt [...]“ Balibar (2012: 101) folgend geht die Identifizierung der Gleichheit und Freiheit aller, mit der Behauptung eines potenziell universellen Rechts auf Politik einher. Zum anderen ist es genau diese Gleichsetzung „Gleichfreiheit“, die zu einem Konflikt und zu einer Dissoziation von „Menschen“-Rechten und „Bürger“-Rechten führen wird (Balibar 2012: 89; Balibar 1993: 106). Denn obwohl die Existenz der Freiheit auf die Existenz von Gleichheit angewiesen¹² ist (und umgekehrt), tendieren Gleichheit und Freiheit ständig dazu, „sich zu entzweien, als unterschiedliche Prinzipien oder Werte in Erscheinung zu treten, auf die sich einander entgegengesetzte Lager oder Kräfte berufen können, sofern ihre Identität – und namentlich ihre rechtliche Identität – nicht garantiert [...] ist.“ (Balibar 1993: 106) So bringe die Gleichung Mensch=Bürger zu einer konstitutiven Instabilität aufgrund der „strukturellen [...] Äquivokation zwischen zwei offensichtlich antinomischen ‚Politiken‘ [...]: einer Politik des Aufstands, der Insurrektion, einer Politik der Verfassung, der Konstitution.“ (Balibar 2012: 101).

Balibar (2012: 183) verfolgt die Spur der Gleichfreiheit, woraufhin er auf die Formulierung eines „universellen Rechtes auf Politik“ stößt, im Sinne eines Rechtes auf „aktive Politik“ oder Hannah Arendt folgend, einem „Recht auf Rechte“. Gleichzeitig betont Balibar die grundsätzliche Konflikthaftigkeit und Unbestimmtheit der Gleichfreiheit Auf welche Weise sich das Recht oder die Forderung nach Freiheit und Gleichheit im Sinne einer aktiven Bürgerschaft subjektiviert, ist durch das universelle Recht auf Politik noch nicht entschieden (Balibar 2012: 12). Bürgerschaft entsteht für Balibar innerhalb einer Praxis kollektiver Selbstregierung, die nicht mit einem vom Staat verliehenen Status zusammenfällt (Balibar zit. nach Celikates 2009: 64). Konstituierte und konstituierende Gewalt, die an Abbé Sieyès' *pouvoir constituant* (verfassungsgebende Gewalt) und *pouvoir constitué* (verfasste Gewalt) aus seiner berühmten Schrift „Was ist der Dritte Stand?“ (1789) angelehnt ist, kann sich in der „Gegenüberstellung der Macht des Volkes als Souverän und der Macht, der durch das Volk konstituierten souveränen Staatsgewalt“ (Celikates 2009: 62)

12 „Wenn Freiheit nämlich nicht Gleichheit ist, bedeutet sie entweder Überlegenheit, ‚Herrschaft‘, oder Unterwerfung und Abhängigkeit von irgendeiner Macht, was widersinnig ist.“ (Balibar 2012: 96). Robin Celikates (2010: 66) formuliert das Verhältnis zwischen Gleichheit und Freiheit bei Balibar so: „Die historischen Möglichkeitsbedingungen der einen sind die historischen Möglichkeitsbedingungen der anderen, oder negativ formuliert: Freiheit und Gleichheit werden notwendigerweise immer zusammen negiert.“

ausdrücken, doch *muss* sich nicht darin ausdrücken.¹³ So fallen konstituierte und konstituierende Gewalt nicht mit einer *bestimmten* Differenz zusammen, da wir „a priori [...] keine Schranke oder innere Grenze für diese Dialektik [von konstituierender und konstituierter Gewalt] festlegen“ (Balibar 2012: 66) können. Balibar (1993: 108-109) verweist hier vielmehr auf eine Unbestimmtheit des Demos im Sinne einer Unentscheidbarkeit hinsichtlich dessen, „welche Freiheit und welche Gleichheit identisch sind, oder vielmehr in welchen Grenzen sie identisch sind.“

UNBESTIMMTER DEMOS UND INNERE GRENZEN

In der Schweiz wurde der Einschluss der Frauen in die aktive Staatsbürgerschaft im europäischen Vergleich erst spät, nämlich 1971 durchgesetzt (Studer 2015: 12). In der in ihrem Inneren geteilten demokratisch-konstituierten Rechtsgemeinschaft, wurde ein Mangel von Gleichfreiheit vernehmbar: Die staatsbürgerliche Gleichheit der Männer fußte auf der Negation der Freiheit zur aktiven staatsbürgerlichen Partizipation von Frauen. Dies zeigte sich unter anderem darin, dass es Frauen nicht erlaubt war, an demokratischen Verfahren wie Wahlen teilzunehmen. Werfen wir heute einen Blick auf die damalige Rechtsgemeinschaft, sehen wir, dass diejenigen, die an den herrschenden demokratischen Verfahren partizipierten, mit dem Demos nicht vollständig identisch waren. Vielmehr sehen wir an dem Beispiel der Debatten und Kämpfe rund um das Wahlrecht am Anfang des 20. Jahrhunderts, dass die Grenzen, die festlegen, wer als Teil des Demos gezählt wird und wer nicht, im Zuge eines konflikthaften Prozesses gesetzt werden. Heute ist es selbstverständlich – wenn vielleicht (noch) nicht gänzlich unumstritten – Frauen, die für das Wahlrecht kämpften, als Teil des Demos zu betrachten, obwohl sie rechtlich gesehen damals nicht Teil des Demos waren. Heute werden jene Frauen und Organisationen womöglich gar als demokratische Akteur*innen *par excellence* begriffen. In ihrer Weigerung die Negation von Gleichheit und Freiheit für alle hinzunehmen, ließe sich eine Praxis kollektiver Selbstregierung ablesen, als eine Form konstituierender Bürgerschaft, die zu dem heute verbreiteten Demosverständnis¹⁴ in westlichen liberalen Demokratien beitrug, dass Frauen Teil des Demos sind. Die Selbstverständlichkeit „als freie und gleiche Staatsbürgerinnen an Selbstbestimmung und Gesetzgebung beteiligt zu sein“ (Gerhard 2020: 74), ging ein Prozess hin zu einem Vernommen-Werdens als Akteure bürgerschaftliche Öffentlichkeit voraus, der zu Beginn des 20. Jahrhundert in der bürgerlichen Öffentlichkeit Europas (noch) nicht abgeschlossen war. Die britische Aktivistin Emily Davison brachte ihr Widerstand gegen die vermeintlich demokratische Rechtsordnung sogar zeitweise ins Gefängnis. Ab 1906 engagierte sich Davison bei der militanten Frauenbewegung „Women’s Social and Political Union (WSPU)“. Im März, Juli, September und Oktober 1909 wurde sie inhaftiert, unter anderem aufgrund des Werfens von Steinen und aufgrund der Beteiligung an Blockaden (Kuiper 2020). Für Davison war die Inhaftierung ein

13 Robin Celikates (2009) verweist darauf, dass Abbé Sieyès seine Unterscheidung womöglich gar nicht so verstanden hätte.

14 Jacques Rancière folgend könnte man in diesem Zusammenhang von einer „Aufteilung des Sinnlichen“ sprechen (Rancière 2018: 36).

prägender Moment ihres Lebens (Gullickson 2008: 469; Purvis 2013). Sie begann allmählich zu glauben, dass die Opferung ihres Lebens die einzige Möglichkeit sei, die Regierung daran zu hindern, Frauen zu attackieren, die für eine demokratische Sache warben (Purvis 2013: 356). Am 08. Juni 1913 beschloss Davison auf dem Epsom Derby auf die Rennbahn vor das Pferd Georg des V. zu laufen, woraufhin sie wenige Tage später ihren durch die Kollision verursachten Verletzungen erlag. Heute bewundert man den Willen von Aktivist*innen wie Emily Davison und bezeichnete sie später sogar als Märtyrer*innen (Colvin 2011: 115; Gullickson 2008), die für ihr Recht und das Recht von anderen – Andere der Gegenwart aber auch der Zukunft – eintraten und dafür kämpften, innerhalb einer demokratischen Ordnung der Freiheit und Gleichheit auch als freie und gleiche Bürger*innen zu zählen.

Damals stießen die Forderungen auf demokratische Teilhabe durch das Wahlrecht auf Unverständnis. Suffragetten waren Gewalt, öffentlichen Diffamierungen und der Repressionen durch den Staatsapparat ausgesetzt. Anhand der Suffragetten-Bewegung lässt sich erkennen, dass die Versuche, die Zusammensetzung des Demos ein für alle Mal zu bestimmen, scheitern müssen. Der Demos, der sich im Zuge der Praxis kollektiver Selbstregierung konstituiert, kann nicht durch (vergeschlechtlichte) Formen von Mitgliedschaft bestimmt werden und er ist auch territorial unbestimmt – er lässt sich nicht auf einem bestimmten Territorium verorten. Die Forderungen nach dem Wahlrecht tauchen am Anfang des 20. Jahrhunderts an verschiedenen Orten auf und die Initiativen vernetzen sich über Ländergrenzen hinweg, zu verschiedenen Zeiten.¹⁵ Einen Ausdruck kollektiver Selbstregierung über räumliche Grenzen hinweg ist unter anderem die 1904 gegründete Frauenorganisationen „International Women Suffrage Alliance (IWSA)“ (Bosch/Kloosterman 1990: 8). So werden Formen konstituierender Volkssouveränität als nationale Bewegungen im Sinne der „Schweizer Frauenwahlrechtsbewegung“ oder „Britische Frauenwahlrechtsbewegung“ erst als solche bestimmbar im Verhältnis und im Moment der Konfrontation mit den konstituierten Formen demokratischer Souveränität in der Gestalt des (National-)staates. Eine solche Konfrontation zeigt jedoch auch, dass der Staat lediglich eine hegemoniale Form des Demos darstellt und nicht seine einzig mögliche Begrenzung darstellt. Fern davon, vollständig bestimmt zu sein, gestaltet sich der Demos vielmehr als ein stets im Entstehen begriffenes Geschehen, dessen konstituierende Momente nicht zuletzt im Aufstand, Protest und sogar im Widerstand gegen die Staatsgewalt vernehmbar werden.

Hier erscheint es mir wichtig zu erwähnen, was das Argument *nicht* sagt. Es sagt nicht, dass es zwischen den Protesten gegen Abschiebungen heute, wie in dem „Fall Tina“ und den Protesten der Frauen für das Wahlrecht im vorigen Jahrhundert notwendige Verbindungen gibt. Es ist kein Versuch, die Grenzen des Demos abzustecken, sondern vielmehr der Versuch auf seine

15 Laut Birgitta Bader-Zaar (2001: 6) war das „Frauenwahlrecht [...] wesentlich ein transnationales Thema“, was jedoch oft übersehen werde. „Nicht nur die Internationalität der Organisation, sondern auch die – trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher und rechtlicher Bedingungen – sichtbaren Parallelen in den angewandten Strategien sind auffallend. Zurückzuführen ist dies auf Informationsaustausch in Form persönlicher Kontakte, in Frauenzeitschriften, durch Bücher und Broschüren und ab dem frühen 20. Jahrhundert bei internationalen Konferenzen.“ (Bader-Zaar 2001: 9).

Unbestimmtheit zu verweisen, durch die seine historisch-spezifischen Bestimmungen als Konstituierungsprozesse zwischen Verfassung und Aufstand vernehmbar werden. Durch das historische Beispiel der Frauenwahlrechtsbewegung soll deutlich gemacht werden, dass Volkssouveränität nicht ausschließlich mit der politischen Herrschaft eines *bestimmten* Volkes von Freien und Gleichen auf einem bestimmten Territorium gleichzusetzen ist. Der Demos als Quelle der Gleichfreiheit scheint vielmehr unbestimmt und unbegrenzt. Er ist weder rechtlich noch territorial gebunden, noch scheint er auf eine bestimmte Gruppe beschränkt zu sein. Bestimmbar wird das Volk erst im Moment des Zusammentreffens seiner konstituierenden und konstituierten Formen als Ausdruck eines kontingenten, historischen Prozesses.

DIE UNVOLLSTÄNDIGE GEMEINSCHAFT

„So wie sie geltend gemacht wird und sich am Horizont von Akten des Widerstands und Ungehorsams abzeichnet, ist die politische Gemeinschaft nicht gegeben, sondern muss immer weiter ankommen oder erfunden werden; sie ist nicht vollständig oder selbstgenügsam, sondern unvollendet, konfliktträchtig, dem Eindringen des Anderen ausgesetzt, das sie benötigt, um sich zu konstituieren, das sie aber in den meisten Fällen dennoch in Unruhe versetzt und ihre Identität in Frage stellt.“ (Balibar 2012: 245).

Zum Schluss möchte ich noch einmal der Frage nachgehen, inwiefern die Anwendung rechtsstaatlicher Prinzipien für die Legitimierung von Abschiebungen als ein Ausdruck von Volkssouveränität begriffen werden kann. Aus der Perspektive staatlich konstituierter Formen der Selbstregierung stellt der Widerstand gegen die Staatsgewalt, wie sie auch bei der Abschiebung von Tina gegeben war (unter anderem in Form von Sitzblockaden) dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit entgegen. Ein bedeutendes Prinzip demokratischer Rechtsstaatlichkeit ist der Gleichheitssatz, der garantieren soll, dass sich niemand über das demokratisch legitimierte Gesetz stellt. Sich dem polizeilichen Zwang einer von Gerichten beschlossenen Abschiebung zu widersetzen, bedeutet jedoch, dass sich Einzelpersonen über das Gesetz stellen. In einer demokratischen Rechtsordnung, in der das Recht vom Volk ausgeht, stellt sich die Einzelne über das Volk, indem sie sich dem Gesetz widersetzt. Jedoch ist aus demokratietheoretischer Perspektive die alleinige Berücksichtigung sedimentierter, konstituierter Formen der Selbstregierung problematisch. Die rechtliche Dimension der Sitzblockaden deckt sich nicht automatisch mit ihrer demokratischen Dimension. Im Falle der Abschiebungen von Migrant*innen, die sich ihrer Abschiebung widersetzen, offenbart der Widerstand gegen die Staatsgewalt einen anderen Charakter, wenn es sich um Personen handelt, denen innerhalb einer demokratischen Ordnung kollektiver Selbstregierung im Sinne der Realisierung von Gleichfreiheit verwehrt wird. Diese demokratietheoretische Perspektive löst nicht das Problem, dass der Widerstand gegen die Staatsgewalt gesetzeswidrig ist und dass die Verweigerung und der Protest gegen eine Abschiebung in vielen Fällen einen Rechtsbruch darstellen. Es löst auch nicht das Problem, dass

sich Richter und Volksvertreter*innen an die geltende Rechtsordnung halten müssen. Laut einem Urteil des österreichischen Verfassungsgerichtshofes (VfGH) handle die Vollziehung gleichheitswidrig, d.h. willkürlich, wenn sie sich „über das Gesetz hinwegsetzt, anstatt ihm zu dienen.“ (Pöschl 2008: 527). Bei der Gestaltung und Durchsetzung der Rechtsordnung sollte jedoch nicht vergessen werden, dass die Jurisdiktion dem demokratischen Prinzip verpflichtet ist – das Recht geht vom Volk aus und hat dem Volk zu dienen. Um dieser demokratietheoretischen Argumentation zu folgen, ist es *nicht* notwendig, das staatliche Gewaltenmonopol vollständig abzulehnen oder die Durchsetzung rechtlichen Zwangs gänzlich zu verabschieden. Diese können als legitim erachtet werden, wenn sie von einer staatlichen konstituierten Gewalt ausgehen, die im Interesse des Volks handeln. Nun ist im Falle der Abschiebung jedoch in keiner Weise klar ersichtlich, dass hier im Interesse des Volkes gehandelt wird. Vielmehr erscheint es heute offensichtlich, dass dem Volk Rechte zur Ausübung von Praxen kollektiver Selbstregierung im Sinne der Gleichfreiheit aller vorenthalten werden. Das kann jedoch nicht im Interesse des demokratischen Rechtsstaates sein, dessen Legitimationsgrundlage das Recht ist, das vom Volk ausgeht und dem Volk dienen soll. Wenn das Volk weder durch einen rechtlichen oder territorialen Rahmen begrenzt ist und das demokratische Recht auf Politik unabhängig von der geltenden Rechtsordnung allen zukommt, müssen die Proteste gegen Abschiebungen neu bewertet werden. Es erscheint für das Bestehen einer lebendigen Demokratie gerechtfertigt oder geradezu notwendig, dass sich Bürger*innen gegen die Verweigerung zur Möglichkeit demokratischer Selbstregierung wehren und diese aktiv einfordern. Ein möglicher Ausdruck demokratischer Selbstregierung ist daher die Praxis der aktiven Verweigerung abgeschoben zu werden, als auch die Praxis der Solidarisierung mit jenen, die abgeschoben werden sollen. Wenn unter Berufung auf den demokratischen Rechtsstaat ein reger Diskurs darüber geführt wird, wie es gerechtfertigt werden kann, Menschen sowohl das Bleiberecht als auch das Recht auf Politik gänzlich abzusprechen, ist das ein Zeichen dafür, dass die geltende Rechtsordnung reif für eine gründliche (radikaldemokratische) Revision ist.

LITERATUR

- Bader-Zaar, Birgitta (2001): Zur Geschichte des Frauenwahlrechts im langen 19. Jahrhundert: Eine international vergleichende Perspektive. In: Ariadne, Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, 6-13.
- Balibar, Étienne (2016): Masses, classes, ideas: Studies on Politics and Philosophy Before and After Marx. New York: Routledge.
- Balibar, Étienne (2012): Gleichfreiheit: politische Essays. Berlin: Suhrkamp.
- Balibar, Étienne (1993): Die Grenzen der Demokratie. Hamburg: Argument.
- Bosch, Mineke/Kloosterman, Annemarie (Hg.) (1990): Politics and Friendship: Letters from the International Woman Suffrage Alliance, 1902-1942. Columbus: Ohio State University Press.
- Colvin, Sarah (2011): Wir Frauen haben kein Vaterland: Ulrike Marie Meinhof, Emily Wilding Davison and the 'Homelessness' of Women Revolutionaries. In: German Life and Letters, 64 (1), 108-121.
- Edtstadler, Karoline (28.01.2021): Kogler: "Gibt keine rechtliche Verpflichtung zur Abschiebung von Schulkindern". Abrufbar unter: <https://www.diepresse.com/5929291/kogler-gibt-keine-rechtliche-verpflichtung-zur-abschiebung-von-schulkindern?from=rss>, letzter Zugriff am 10.07.2021.
- Gerhard, Ute (2020): Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789. 4. Auflage. München: C.H. Beck.
- Gullickson, Gay L. (2008): Emily Wilding Davison: Secular martyr? In: Social Research, 75 (2), 461-484.
- Kuiper, Kaithleen (2022): Emily Davison. Abrufbar unter: <https://academic-eb-com.uaccess.univie.ac.at/levels/collegiate/article/Emily-Davison/603282>, letzter Zugriff am 06.04.2022.
- Nehammer, Karl (29.01.2021): Innenminister Nehammer zur Asyldebatte. Abrufbar unter: <https://tvthek.orf.at/profile/ZIB-2/1311>, letzter Zugriff am 10.07.2021.
- Nehammer, Karl (26.01.2019): Edtstadler steht hinter Kickls politischem Anliegen. Abrufbar unter: <https://www.diepresse.com/5569112/edtstadler-steht-hinter-kickls-politischem-anliegen>, letzter Zugriff am 10.07.2021.
- Pöschl, Magdalena (2008): Gleichheit vor dem Gesetz. Wien: Verlag Österreich.
- Purvis, June (2013): Remembering Emily Wilding Davison (1872-1913) In: Women's History Review, 22 (3), 353-362.
- Rancière, Jacques (2018): Das Unvernehmen: Politik und Philosophie. 7. Auflage. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Studer, Brigitte (2015): Das Frauenstimm- und Wahlrecht in der Schweiz 1848-1971. In: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, 26 (2), 14-40.

ZWISCHEN KLASSENKAMPF UND INDIVIDUATION: DER VORSCHLAG EINER RADIKALDEMOKRATISCHEN IDENTITÄTSPOLITIK

LEON LOBENBERG (BA)

UNIVERSITÄT MÜNSTER

LEON.LOBENBERG@GMX.DE

ZUSAMMENFASSUNG

Identitätspolitik wird dafür kritisiert, linke Bewegungen zu spalten und lediglich Reformismus zu betreiben. Dem daraus abgeleiteten Ruf nach Linkspopulismus, der die „soziale Frage“ wieder artikulieren soll, wird von identitätspolitischer Seite wiederum ein zu vereinheitlichender Bezug auf Klasse und Nation vorgeworfen. In diesem Essay argumentiere ich einerseits, dass beide Positionen in ihren Extremen *das Politische* verneinen und dass zwischen ihnen andererseits eine ambivalente Spannung herrscht: Die Konstruktion von Identität ist notwendig für die Artikulation von Interessen, wirkt tendenziell aber essentialistisch, weshalb sie immer wieder auf Ausschlüsse untersucht und dementsprechend kritisiert werden muss. Ich schlage vor, diese Spannung als konstitutives Prinzip einer *radikaldemokratischen Identitätspolitik* anzuerkennen: Identitätskonstruktionen müssen konstant kritisiert werden, gleichzeitig bilden sie jedoch die Chance, eine gegenhegemoniale Alternative zur neoliberalen Hegemonie zu etablieren.

KEY WORDS: IDENTITÄTSPOLITIK REFORMISMUS HEGEMONIE RADIKALE DEMOKRATIE

BETWEEN CLASS STRUGGLE AND INDIVIDUATION: THE PROPOSAL OF A RADICAL DEMOCRATIC IDENTITY POLITICS

LEON LOBENBERG (BA)
UNIVERSITÄT MÜNSTER
LEON.LOBENBERG@GMX.DE

ABSTRACT

Identity politics is criticised for splitting left movements and for being mere reformism. The resulting call for left populism to re-articulate the "social question", is in turn accused by identity politics of an over-unifying reference to class and nation. In this essay, I argue on the one hand that both positions in their extremes negate the Political, but on the other hand that there is an ambivalent tension between them: the construction of identity is necessary for the articulation of interests, but tends to have an essentialist effect, which is why it must always be scrutinised for exclusions and criticised accordingly. I propose to recognise this tension as a constitutive principle of a radical democratic identity politics: Identity constructions have to be constantly criticized, but at the same time they form the chance to establish a counter-hegemonic alternative to neoliberal hegemony.

KEY WORDS: IDENTITY POLITICS REFORMISM HEGEMONY RADICAL DEMOCRACY

„Das Kennzeichen demokratischer Politik ist die Konfrontation zwischen konkurrierenden hegemonialen Projekten, eine Konfrontation, bei der eine endgültige Versöhnung ausgeschlossen ist.“
(Mouffe 2014: 42)

SCHLAGLICHTER EINER DEBATTE

Die Debatte um Identitätspolitik polarisiert. Nicht nur in liberalen Kreisen wird sie geführt (etwa Thierse 2021; Di Lorenzo 2021; Lilla 2016), sondern auch in sich als links verstehenden Zusammenhängen (etwa Lafontaine 2021; Fraser 2017). Letztere werfen der Identitätspolitik vor, den Horizont des Gemeinsamen zu vernachlässigen und dadurch linke Politik an Schlagkraft zu berauben, weil die relevante Eigentumsfrage nicht mehr gestellt würde, wie dies exemplarisch Bernd Stegemann formuliert hat (Stegemann 2017). Befürworter*innen von Identitätspolitik halten dagegen, dass die Beschwörung einer (Klassen-)Gemeinschaft immer dazu tendiere, Pluralität und damit Unterdrückungsmechanismen unsichtbar zu machen und dementsprechend nicht vereinbar sei mit einer Emanzipation von Herrschaft (etwa Purtschert 2017; Schubert/Schwartz 2021).

Zwischen beiden Positionen herrscht unverkennbar eine Spannung: Die links-ökonomische Seite beschwört die Kraft der Gemeinschaft, die „identitätspolitische“ Seite den Pluralismus und die Differenz. In diesem Essay möchte ich untersuchen, welche Schlüsse sich aus dieser Spannung für die Formulierung einer linken radikaldemokratischen Strategie ziehen lassen. Meine These: Beide Positionen negieren in ihren Extremen das Politische, das ich mit Chantal Mouffe als gesellschaftskonstituierenden Ort des Antagonismus begreife (Mouffe 2017: 16). Eine linke radikaldemokratische Strategie sollte hingegen die Dimension der Gemeinschaft sowie die der Differenz zusammendenken und dadurch die Konfliktivität von Demokratie wieder betonen. Ich nenne solch ein Projekt eine radikaldemokratische Identitätspolitik.

IDENTITÄTSPOLITIK ZEIGT DIE AUSSCHLÜSSE DES UNIVERSALISMUS AUF

Der Begründung meiner These muss eine Klärung der Begrifflichkeit von Identitätspolitik vorangestellt werden. Der in den 1970er Jahren entstandene Begriff bezeichnet die radikale Kritik an einer hegemonialen Gesellschaftsordnung, die sich als Universalismus präsentiert und dadurch zwangsläufig bestimmte Identitäten aus dem Rahmen seiner Intelligibilität ausschließt. Gleichzeitig bezeichnet der Begriff politische Operationen, die es marginalisierten Gruppen ermöglichen, diese Exklusion aufzuheben und für Gleichbehandlung zu kämpfen (etwa Purtschert 2017; Supik 2005).

Ernesto Laclau und Chantal Mouffe zeigen auf, dass solche identitätspolitischen Operationen der (De-)Konstruktion ein dekonstruktivistisches Verständnis von Identität implizieren: Identität kann nicht als reine Präsenz – also als objektiv vorhanden – gedacht werden, sondern erhält ihre Bedeutung lediglich durch ihre hegemoniale Fixierung innerhalb eines Differenzsystems (Laclau/Mouffe 2015: 145). Identitäten seien rein relational, weshalb Laclau und Mouffe von *Subjektpositionen* sprechen (Laclau/Mouffe 2015: 150). Das Differenzsystem ist das Ergebnis einer politischen und hegemonialen Intervention, einer *Artikulation* (Laclau/Mouffe 2015: 148). Identität

und Gesellschaft müssen dementsprechend immer als etwas politisch Gewordenes begriffen werden, das von Macht durchzogen ist, durch eine Gegenmacht aber auch wieder verändert werden kann (Mouffe 2014: 22).

Identitätspolitik kann so gesehen als ein Versuch der Etablierung einer Gegenmacht verstanden werden. Indem identitätspolitische Akteur*innen die Unterordnungen und Ausschlüsse ihrer Subjektposition kritisieren, wird ein Unterordnungsverhältnis, das vorher als natürlich fixiert wahrgenommen wurde, als Unterdrückungsverhältnis umgedeutet und es entsteht ein Antagonismus (Laclau/Mouffe 2015: 190).

IDENTITÄTSPOLITIK IST NICHT MIT ANTI-DISKRIMINIERUNGSPOLITIK GLEICHZUSETZEN

Diese Ausführungen lassen die Schlussfolgerung zu, dass die oben skizzierte Gegenüberstellung von einer „rein kulturellen“ Identitätspolitik und einer „sozialen“ Klassenpolitik fragwürdig ist, da die identitätspolitische Kritik an der exkludierenden hegemonialen Gesellschaftsordnung auch sozio-ökonomische Ungleichheiten in den Blick nimmt. Präziser lässt sich die Gegenüberstellung fassen, wenn wir akzeptieren, dass links-ökonomische Kritiker*innen eigentlich Anti-Diskriminierungspolitik meinen, wenn sie von Identitätspolitik sprechen (Pape/Müller-Bahlke 2021). Anti-Diskriminierungspolitik meint hierbei ein Politikverständnis, welches Identität als der Gesellschaft vorgängig versteht. Sabine Hark hat festgestellt, dass dieser Vorstellung von Identität zufolge Diskriminierung alles sei, was die jeweilige Identität an ihrem „authentischen“ erscheinen hindern würde (Hark 1996: 137–139). Antidiskriminierung soll es Individuen deshalb ermöglichen den Prozess der Individuation – der Selbstwerdung – vollziehen zu können, also ihre „wahre“ Identität ausleben zu dürfen.

Diese liberale Vorstellung einer prädiskursiven Identität, welche von Diskriminierung „befreit“ werden müsse, ignoriert jedoch, dass Identität durch Macht nicht verzerrt, sondern überhaupt erst durch diese konstituiert wird. Sie bekommt dadurch das wesentlich *Politische* von Identität nicht in den Blick: Es wird unmöglich zu fragen, in welche Herrschaftsverhältnisse die Artikulation von Identität eingebunden ist (Schneider 2013: 396). Die politische Analyse verliert sich in reiner Affirmation der jeweiligen, jetzt als Selbstbeschreibung empfundenen Subjektposition, wie dies in manchen Ansätzen der Queer-Theory der Fall ist (Linkerhand 2017). Identitätsherstellung und ihre Absicherung wird zum reinen Selbstzweck von Identitätspolitik.

Dies passt auf perfide Weise zum Subjektentwurf des Neoliberalismus, der Menschen als vereinzelte Individuen anruft und Emanzipation lediglich als „Aufstiegchancen für Minderheiten“ (Thaa 2018: 39) versteht. Durch die Individualisierung kann der neoliberalen Hegemonie nichts mehr entgegengesetzt werden. Nancy Fraser bezeichnet dieses Bündnis zwischen „progressiven Kräften [...] [und] den kognitiven Kräften des Kapitals“ (Fraser 2017: 72) deshalb als *progressiven Neoliberalismus* (Fraser 2017: 72).

An diese Kritik anschließend verstehe ich eine solche Form der Identitätspolitik mit Mouffe als *reinen Reformismus*, da durch die unkritische Bezugnahme auf prädiskursive Identitäten die „Prinzipien der bestehenden hegemonialen neoliberalen Gesellschaftsordnung“ (Mouffe 2018: 58)

uneingeschränkt akzeptiert werden. Anti-Diskriminierungspolitik reduziert den Politikbegriff auf *good governance*-Verfahren, deren identitätspolitischer Zweck die Realisierung von Harmonie zwischen den „vorhandenen“ Identitäten, also Antidiskriminierung, ist. Ein so gelagerter Politikbegriff ist unfähig, die Gesellschaft als einen gespaltenen und durch Artikulationen hervorgebrachten Raum zu begreifen. Er verneint das Politische und dadurch die Möglichkeit eines gegenhegemonialen Projekts.

REVOLUTIONÄRE POLITIK BLEIBT EINEM KLASSENESSENTIALISMUS VERHAFTET

Es hat den Anschein, als ob der Ruf nach der Stärkung der Klassenfrage gegenteilig gelagert wäre: Partikularistische Identitäten werden überwunden und zu einem schlagkräftigen Klassensubjekt zusammengeführt. Besonders präsent ist dieser „Ruf nach mehr Klasse“ derzeit zunehmend in Analysen des Rechtspopulismus zu vernehmen (Dowling et al. 2017): Rechtspopulismus wird als Aufbegehren einer kommunitaristischen Mehrheit gegen eine kosmopolitische Minderheit verstanden. Die Kommunitarist*innen begehren auf, weil ihre Interessen von den kosmopolitischen Globalisierungsgewinner*innen nicht mehr berücksichtigt werden würden (etwa Merkel 2017; Streeck 2017). Diese Repräsentationslücke müsse linke Politik wieder füllen (Heisterhagen 2018).

Problematisch an dieser Argumentation ist die Vorstellung einer essenziell vorhandenen, kommunitaristischen „Klasse“, was stark an den marxistischen Klassenessentialismus erinnert. Zurecht wird hieran kritisiert, dass ein solches Klassenverständnis notwendig auf Ausschlüssen beruht: So ist die gängige Vorstellung der „Arbeiterklasse“ durch eine unkritische Trennung zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit charakterisiert, wodurch implizit die geschlechtliche Binarität naturalisiert und affirmiert wird (Federici 2020: 20; Friedrich 2018: 18–21). Gleichzeitig wirkt der Nationalstaat als konstitutiver Rahmen des Klassensubjekts, wodurch migrantische Arbeit oft aus klassenpolitischen Forderungen ausgeschlossen bleibt (Friedrich 2018: 18–21).

Die Aufgabe einer Politik, die auf solch einem essentialistischen und dadurch sexistischem und rassistischem Verständnis von (Klassen-)Identität beruht, ist es dann nur noch, eben jene Klasse zum Erscheinen zu bringen und revolutionär gegen den Hauptfeind, den Neoliberalismus, zu richten. Der Horizont dieser ökonomistischen Politik ist dementsprechend eine von Macht befreite, post-revolutionäre Gesellschaft. Daraus lässt sich folgern, dass dieser Politikbegriff, den ich mit Mouffe *revolutionäre Politik* (Mouffe 2018: 58) nenne, genau wie sein „Gegenspieler“, der reine Reformismus, die nicht aufzuhebende Spaltung von Gesellschaft verneint und das Politische nicht in den Blick bekommt.

DER VORSCHLAG EINER RADIKALDEMOKRATISCHEN IDENTITÄTSPOLITIK

Eine radikaldemokratische Bewegung steht nun vor dem Problem, keine dieser Politikkonzeptionen als handlungsleitendes Prinzip akzeptieren zu können: Beide stehen aufgrund der Essentialisierung von Identität sowie der Reduzierung von Politik auf rationale

Verfahrenstechniken konträr zur Idee der radikalen Demokratie, die jede Form von gesellschaftlicher Objektivität ablehnt und den Konflikt in ihr Zentrum stellt (Flügel-Martinsen 2020: 59). Gleichzeitig gibt es aufgrund der neoliberalen Hegemonie mit all ihren Ausschlüssen jedoch einen enormen Handlungsbedarf.

In diskurstheoretischen Begriffen ausgedrückt, besteht das Dilemma darin, dass einerseits jede Konstruktion von Identität Ausschlüsse und damit tendenziell Essentialismen produziert. Andererseits sind diese jedoch notwendig, um überhaupt als Gruppe mit Forderungen wahrgenommen werden zu können. Ich schlage vor, dieses Dilemma als produktiv zu betrachten. Es zeigt auf, dass eine radikaldemokratische Identitätspolitik immer als Prozess zweier sich bedingender Logiken verstanden werden muss: Der Konstruktion einer Allianz und dem gleichzeitigen Aufzeigen von Differenz innerhalb dieser.

Erstens: Um eine politisch wahrnehmbare Allianz zu konstruieren, bedarf es der Gleichsetzung partikularer Subjektpositionen, um diese in eine *Äquivalenzkette* (Laclau/Mouffe 2015: 214) einzureihen. Eine Äquivalenzkette konstituiert sich durch die Konstruktion eines gemeinsamen Antagonismus sowie durch den gemeinsamen Bezug auf einen *leeren Signifikanten*, also auf eine allgemeine Forderung (Laclau 2007: 154), unter die die eigentlich differentiellen Forderungen temporär subsumiert werden: So kann beispielsweise der feministische Kampf und der antirassistische Kampf unter dem gemeinsamen Signifikanten „Kampf für soziale Gerechtigkeit“ und in Abgrenzung zur „kapitalistischen Ausbeutung“ miteinander verbunden werden. Diese Allianz kann gegen die öffentliche Debatte wirken, die den antisexistischen Kampf als unverbunden neben dem antirassistischen Kampf versteht und so das Potential einer Diskursverschiebung bieten, die es bestimmten Subjektpositionen nun ermöglicht, ihre Interessen als verallgemeinerbare und legitime Forderungen darzustellen.

Diese vereinheitlichende Konstruktion führt jedoch zwangsläufig dazu, eigentlich differentielle Subjektpositionen und Forderungen künstlich zu homogenisieren. Um dies zu verhindern, muss zweitens die hegemoniale Konstruktion einer homogenen Allianz immer von dem begleitet werden, was gemeinhin „Identitätspolitik“ genannt wird: Dem Aufzeigen von Differenzen innerhalb einer Allianz. Denn die verschiedenen Bündnispartner*innen mögen zwar das gleiche Ziel einer gerechten Gesellschaft haben, sie haben aber dennoch innerhalb der hegemonialen Gesellschaftsordnung unterschiedliche Ausgangspositionen, die mit unterschiedlichen Privilegien und Diskriminierungsformen verbunden sind. Diese verschiedenen, teils intersektionalen Positionen müssen beachtet werden, da sonst „der Appell zur Solidarität aus der Perspektive der [...] Dominanzposition heraus vielmehr einem Aufruf zur Unterordnung gleichkommt“ (Sussemichel/Kastner 2021: 41). Es muss also immer wieder das rein strategische Moment jeder (kollektiven) Identität aufgezeigt werden, damit auf Basis der Unterschiede ebenso eine (Re-)Konstruktion von Identität stattfinden kann, sodass diese „intersubjektiv anschlussfähig“ (Schubert/Schwartz 2021: 589) bleibt.

Indem Identitätspolitik die Prozesse der Konstruktion und Dekonstruktion auf diese Weise miteinander verbindet, hat sie das Potenzial, die Demokratie innerhalb sowie außerhalb der identitätspolitischen Bewegung zu radikalieren: Nach innen fragt sie ständig nach den

Differenzen der unterschiedlichen Akteur*innen, um darauf aufbauend gemeinsame Forderungen demokratisch auszuloten. Nach außen stellt sie eine gegenhegemoniale Alternative dar, wodurch der demokratische Konflikt zwischen rational nicht vereinbaren Projekten wieder hergestellt wird. Sie wird dadurch zu einer radikaldemokratischen Identitätspolitik.

LITERATUR

- Di Lorenzo, Giovanni (2021): Pressefreiheit: Wofür stehen wir? Abrufbar unter: <https://www.zeit.de/2021/09/pressefreiheit-journalismus-gesellschaft-spaltung-politik/seite-2>, letzter Zugriff am 15.05.2021.
- Dowling, Emma/van Dyk, Silke/Graefe, Stefanie (2017): Rückkehr des Hauptwiderspruchs? Anmerkungen zur aktuellen Debatte um den Erfolg der Neuen Rechten und das Versagen der „Identitätspolitik“. In: *PROKLA*, 47 (3), 411–420.
- Federici, Silvia (2020): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. 8. Auflage. Wien, Berlin: Mandelbaum.
- Flügel-Martinsen, Oliver (2020): Radikale Demokratietheorien zur Einführung. 1. Auflage. Hamburg: Junius.
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder. Das Ende des progressiven Neoliberalismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 62 (2), 71–76.
- Friedrich, Sebastian (2018): Neue Klassenpolitik. Eine Perspektive gegen die neoliberale und rechte Erzählung. In: Sebastian Friedrich (Hg.), *Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus*. 1. Auflage. Berlin: Bertz + Fischer, 12–22.
- Hark, Sabine (1996): Deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- Heisterhagen, Nils (2018): Linker Realismus. Eine neue Politik für eine neue Zeit. In: *Neue Gesellschaft | Frankfurter Hefte*, 14 (10), 4–8.
- Laclau, Ernesto (2007): On populist reason. London: Verso.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2015): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. 5. Auflage. Wien: Passagen Verlag.
- Lafontaine, Oskar (2021): Die linken Parteien kämpfen nicht mehr für ihr Klientel. Abrufbar unter: <https://www.theeuropean.de/oskar-lafontaine/die-identitaetspolitik-spaltet-die-gesellschaft/>, letzter Zugriff am 28.03.2022.
- Lilla, Mark (2016): Identitätspolitik ist keine Politik. Abrufbar unter: <https://www.nzz.ch/feuilleton/mark-lilla-ueber-die-krise-des-linkoliberalismus-identitaetspolitik-ist-keine-politik-ld.130695>, letzter Zugriff am 01.03.2022.
- Linkerhand, Koschka (2017): Treffpunkt im Unendlichen. Das Problem mit der Identität. In: Patsy L'Amour LaLove (Hg.), *Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten*. 4. Auflage. Berlin: Querverlag, 52–60.
- Marchart, Oliver (2016): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. 3. Auflage. Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang (2017): Die populistische Revolte. In: *Kulturpolitische Mitteilungen* (157), 53–56.
- Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2017): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. 7. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2015): Das demokratische Paradox. Durchgesehene Nachauflage. Wien: Turia + Kant.
- Mouffe, Chantal (2014): Agonistik. Die Welt politisch denken. 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp.

- Pape, David/Müller-Bahlke, Karl (2021): Produzierte Ungleichheit. Abrufbar unter: <https://www.jungewelt.de/artikel/406389.k%C3%A4mpfe-um-erkennung-produzierte-ungleichheit.htmls>, letzter Zugriff am 21.07.2021.
- Purtschert, Patricia (2017): Es gibt kein Jenseits der Identitätspolitik: Lernen vom Combahee River Collective. In: *Widerspruch - Beiträge zu sozialistischer Politik* 36 (1), 15–22.
- Schneider, Etienne (2013): Intersektionalität und marxistische Gesellschaftstheorie. In: *PROKLA*, 43 (172), 381–400.
- Schubert, Karsten/Schwartz, Helge (2021): Konstruktivistische Identitätspolitik. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31 (4), 565–593.
- Stegemann, Bernd (2017): Der liberale Populismus und seine Feinde. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 62 (4), 81–94.
- Streeck, Wolfgang (2017): The Return of the Repressed. In: *New Left Review*, (104), 5–18.
- Supik, Linda (2005): Dezentrierte Positionierung. Stuart Halls Konzept der Identitätspolitiken. 1. Auflage. Bielefeld: transcript Verlag.
- Susemichel, Lea/Kastner, Jens (2021): Unbedingte Solidarität. In: Lea Susemichel/Jens Kastner (Hg.), *Unbedingte Solidarität*. 1. Auflage. Münster: Unrast, 13–48.
- Thaa, Winfried (2018): Liberale Identitätspolitik und die Kulturalisierung sozialer Ungleichheit. In: *Neue Gesellschaft | Frankfurter Hefte* 14 (10), 38–42.
- Thierse, Wolfgang (2021): Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft? Abrufbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/wolfgang-thierse-wie-viel-identitaet-vertraegt-die-gesellschaft-17209407.html>, letzter Zugriff am 02.11.2021.